



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 7. März 2022**
in der Welser Stadthalle stattgefunden

4. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 18.44 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 3. Sitzung des Gemeinderates vom 31.01.2022 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Anwesende

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer, BSc MSc (**VIDEO**)

Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner (**VIDEO**)

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager (**VIDEO**)

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl

Christoph Angelo Rigotti

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA (**VIDEO**)

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger (**VIDEO**)

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

Gemeinderäte:

Mag. Bernhard Humer (**VIDEO**)

Laurien Scheinecker, BA (**VIDEO**)

Mag. Hannah Stögermüller

Silvia Huber, MPA

KR. Karl Schönberger

Gloria-Maria Umlauf

Christian Kittenbaumer

Johann Reindl-Schwaighofer MBA

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Mag. Walter Teubl

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

NEOS

Gemeinderat

Markus Hufnagl, MBA

MFG

Gemeinderat

Jörg Wehofsich

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 24.02.2022 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Rabl: Zuerst darf ich alle Teilnehmer auf den Zuschauerrängen sehr herzlich begrüßen. Es sind die meisten Teilnehmer des Dienstausbildungslehrganges am Magistrat Wels. Ich hoffe wir werden heute eine perfekte Gemeinderatsitzung abliefern, sodass tatsächlich auch die Lust entsteht sich in der Politik zu engagieren, vielleicht sitzt sogar der eine oder andere von ihnen dann in ein paar Jahren hier unten und bereichert dieses Gremium mit Sach- und Wortmeldungen, so wie wir uns das wünschen.

Aufgrund der aktuellen Infektionslage wird diese Sitzung des Gemeinderates nach dem 2. Oö. COVID-19-Gesetz als Videokonferenz durchgeführt. Eine Teilnahme ohne persönliche IT-Ausstattung ist auch hier in der Stadthalle möglich. Die Sitzung wird wie gewohnt per Live-Stream im Internet übertragen, sodass die Welser die Möglichkeit haben die Sitzung zu verfolgen.

Die in der Stadthalle anwesenden Mandatare ersuche ich von den Mikrofonen im Saal aus zu sprechen. Die anwesenden Mandatare in der Stadthalle werden von einer eigenen Kamera aufgenommen. Diese Aufnahme aus dem Saal wird bei den Teilnehmern der Videokonferenz wie ein weiterer Teilnehmer der Videokonferenz angezeigt.

Zum Ablauf der Debatte halte ich fest, dass aufgrund der besonderen Situation einer Videokonferenz es vielfach nicht möglich sein wird sich beim Vorsitzenden so wie üblich zu Wort zu melden. Es wird daher der Vorsitzende mehrmals fragen, wer sich zu Wort meldet, dies jedenfalls vor dem Schluss der Rednerliste.

Die per Videokonferenz zugeschalteten Mandatare mögen bitte die Chatfunktion benutzen, wenn sie sich zu Wort melden wollen.

Die Vorsitzführung funktioniert über den Laptop am Platz des Bürgermeisters. Bei einem Vorsitzwechsel wird der Vizebürgermeister ersucht vor dem Laptop Platz zu nehmen. Dem Berichterstatter steht wie gewohnt das Rednerpult zur Verfügung. Die per Video zugeschalteten Mitglieder nehmen an der Abstimmung teil, indem sie vom Vorsitzenden persönlich aufgerufen werden und ihre Stimme mündlich abgeben durch das Wort „Ja“, das Wort „Nein“ oder das Wort „Stimmenthaltung“.

Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an
StR. Ralph Schäfer, BSc MSc betreffend Wohnungs-
situation in Wels
Verf-015-W-2-2022

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Welche Zahlen zum derzeitigen Wohnungsbedarf in Wels liegen Ihnen vor?
2. Wie viele Wohnungssuchende sind derzeit bei der Stadt Wels vorgemerkt, wie viele bei der Heimstätte Wels?
3. Wie viele Wohnungen befinden sich derzeit in Bau?
4. Wie viele Wohnungen stehen derzeit leer? Gibt es darüber konkrete Zahlen? Gibt es eine Schätzung der Zahl der leerstehenden Wohnungen?

StR. Schäfer, BSc MSc:

Antwort zu Frage 1: In der Stadt Wels sind zum 31.01.2022 480 Menschen als wohnungssuchend gemeldet. Derzeit gibt es 90 Wohnungen zur Vergabe in der Stadt Wels.

Antwort zu Frage 2: Zum 31.01.2022 sind bei der Stadt Wels 480 Menschen als wohnungssuchend gemeldet. Bei der Heimstätte Wels sind es rund 1.500 Menschen. Aus persönlichem Interesse fragte ich bei den anderen Wohnungsgenossenschaften den Stand der Wohnungssuchenden für Wels ab. Wir kommen somit auf eine Summe von 3.673 Menschen, die konkret in der Stadt Wels eine Wohnung suchen.

Antwort zu Frage 3: Aktuell befinden sich im Bau aufgrund einer Erhebung im Adressen- und Wohnungsregister, wo alle Neubauten erfasst werden müssen, 226 Wohnungen.

Antwort zu Frage 4: Zu dieser Frage gibt es keine Schätzungen und keine Zahlen, die uns vorliegen. Allerdings habe ich auch hier die Wohnungsgenossenschaften abgefragt. Überwiegend wurde mir mitgeteilt, dass in Wels derzeit ein sehr kleiner Leerstand besteht. Also die Genossenschaften sind grundsätzlich mit der Auslastung sehr zufrieden, es herrscht kaum ein Leerstand vor.

Anfrage der NEOS an Bgm. Dr. Rabl
betreffend Rechenzentrum/Serverraum
Verf-015-W-4-2022

Anlässlich eines gemeinsamen Antrages von NEOS, GRÜNE, SPÖ und ÖVP zum Thema „FreiRaum“ in der letzten Gemeinderatssitzung wurde erklärt, dass sich in den Räumlichkeiten am Marktplatz ein Rechenzentrum der Stadt Wels befindet.

Da diese Örtlichkeit auf den ersten Blick als extrem ungeeignet erscheint und wir NEOS uns Sorgen um die Datensicherheit und Operabilität der städtischen IT-Infrastruktur machen, stellen wir folgende Fragen:

1. Welche Daten werden in diesem Rechenzentrum aufbewahrt?
2. Welcher Personenkreis hat dort Zugang?
3. Sind diese Daten redundant – also auch an anderer Stelle – abgespeichert (Georedundanz)?
4. Gibt es eine unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV)?
5. Gibt es ein redundantes Kühlsystem?
6. Gibt es eine redundante Netzwerk-Infrastruktur wie
 - a. Zwei oder mehrere Internet-Zugänge oder
 - b. Redundante Netzwerkkomponenten (Router, Switches etc.)?
7. Gibt es ein Sicherungskonzept für diese Daten?
 - a. Wie und wie oft werden diese Daten gesichert?
 - b. Werden regelmäßig Backup und Restore-Tests durchgeführt?
8. Wie ist das Rechenzentrum gegen unbefugten Zutritt abgesichert? (Schließsystem, Videoüberwachung, Alarmsystem, Objektüberwachung)
9. Wie ist das Rechenzentrum gegen unbefugten Zugriff abgesichert?
10. Wie ist das Rechenzentrum gegen Brand abgesichert?
 - a. Gibt es eine Brand-Früherkennung?
 - b. Gibt es ein adäquates Löschsystem (z.B. chemisch oder CO₂)?
 - c. Ist das Rechenzentrum in einem eigenen Brandabschnitt?
11. Wird eine Überwachungssoftware im Sinne von Server-Monitoring verwendet?
12. Ist ein externes Audit oder eine ISO-Zertifizierung gegeben?

Bgm. Dr. Rabl: Ich muss gestehen, ja es war meine Aussage, wobei für mich alles was nach IT aussieht ein Rechenzentrum ist. Es ist kein Rechenzentrum, sondern ein Netzverteilerschrank mit Switchen-Netzwerkverteiler für die Datenleitungen. Herr GR. Hufnagl sie verzeihen in diesem Zusammenhang meine Unkenntnis, es ist kein Rechenzentrum. In diesem Sinne werde ich auch die Frage beantworten.

Antwort zu Frage 1: Am Standort Marktplatz wird durch die Stadt Wels kein Rechenzentrum betrieben. Dort befindet sich nur ein Netzwerkverteilerschrank mit Switchen für die Datenleitungen zu den Räumlichkeiten mit PC-Ausstattung. Server der Stadt Wels werden in Rechenzentren des Unternehmens IT&Tel, das zur eww-Gruppe gehört, gehostet. Diese gehören zu den modernsten Rechenzentren Österreichs und sind ISO/IEC 27001 – EN 50600 zertifiziert.

Antwort zu Frage 2: Zugang zu den Örtlichkeiten haben außer der Verein Treffpunkt Wels zwei Mitarbeiter der Dst. Facilitymanagement, u.a. für Reinigungszwecke, ein Mitarbeiter der Dst. Bau-, Gewerbe- und Verkehrsangelegenheiten. Diese Dienststelle ist für Marktangelegenheiten zuständig. Diese drei Mitarbeiter verfügen über einen Schlüssel für das Vorhängeschloss, mit dem dieser Schrank versperrt ist. Das Vorhängeschloss selbst gehört der Dst. Facilitymanagement.

Antwort zu Frage 3: Der Server bzw. die Daten sind auf zwei Rechenzentren, nämlich bei der Firma IT&Tel im Standort Wels und Marchtrenk verteilt. Sie können im laufenden

Betrieb zwischen die beiden Rechenzentren verschoben werden, spielt aber in diesem Fall keine Rolle, weil es dort kein Rechenzentrum gibt.

Antwort zu Fragen 4 bis 12: Die Stadt Wels betreibt unter dem angeführten Standort kein Rechenzentrum und auch keinen Serverraum, sondern befindet sich dort eben nur ein Netzwerkverteilerschrank. Hierfür wird auf die Beantwortung zur Frage 1 verwiesen.

Herr GR. Hufnagl, tut mir leid, sie haben diese Kenntnisse, ich habe sie einfach nicht.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an
Vzbgm. Mag. Klaus Schinninger betreffend Personalmangel
in städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen
Verf-015-W-6-2022

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Mag. Schinninger!

1. Wie viel Personal – aufgelistet auf die einzelnen Einrichtungen und nach Wochenarbeitsstunden – fehlt aktuell in den Kinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben, Kindergärten, Horte) der Stadt Wels?
2. Wie viel offene Personalstunden entfallen dabei auf pädagogische Fachkräfte und wie viele auf Helfer und Helferinnen?
3. Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Stadt Wels, um die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt als Arbeitgeberinnen attraktiver zu machen?
4. Warum verzichtet die Kinderbetreuung der Stadt Wels nach wie vor auf einen Springerpool?
5. Warum gibt es in den Welser Kinderbetreuungseinrichtungen keine regelmäßigen Supervisionen?
6. Gibt es konkrete Überlegungen die Leiter-/Leiterinnenstellen in der Kinderbetreuung finanziell attraktiver zu gestalten, um somit auch qualifiziertes Personal mit Karrierewunsch anzusprechen?
7. Werden die Welser Kinderbetreuungseinrichtungen regelmäßig an den pädagogischen Schulen (Bafep, FH für Sozialpädagogik,...) als potenzielle Arbeitgeberinnen beworben?
 - a) Wenn ja, in welcher Form erfolgt diese Bewerbung und wann wurde sie das letzte Mal gemacht?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
8. Ein Praktikum ist oft der erste Schritt um mögliche zukünftige Arbeitsbereiche kennenzulernen. Gibt es konkrete Überlegungen, Praktika in den Kinderbetreuungseinrichtungen attraktiver zu machen (z.B. durch finanzielle Zuwendung oder durch gezielte, kostenlose Fortbildungen)?

- a) Wenn ja, in welcher Form?
- b) Wenn nein, warum nicht?“

Bgm. Dr. Rabl: Vzbgm. Mag. Schinninger wird die Anfrage mündlich in der nächsten Sitzung des Gemeinderates beantworten.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an
Vzbgm. Mag. Klaus Schinninger betreffend
Gesundheitsberufe-Gipfel
Verf-015-W-7-2022

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Mag. Schinninger!

Bezugnehmend auf die aktuelle Stunde am 20.12.2021 und gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Gibt es von Seiten der Stadt Erhebungen über den zukünftigen Bedarf an HausärztInnen, FachärztInnen und Pflegekräften in Wels in den nächsten 10 Jahren?
 - a. Wenn ja, wie lauten die konkreten Zahlen für die nächsten 10 Jahre?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
2. Gibt es Bemühungen von Seiten der Stadt einen Pflegegipfel stattfinden zu lassen?
 - a) Wenn ja, wann ist dieser geplant? Welche Schritte wurden schon umgesetzt?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
3. Gibt es von Ihrer Seite Bemühungen, Richtlinien für gezielte Förderungen von Kassenärzten zu erarbeiten? (Initiativantrag der SPÖ, 2018)
4. Gibt es konkrete Kooperationen zwischen dem Gesundheits- und dem Wirtschaftsressort, die sich mit möglichen Subventionen bei Praxisneueröffnung beschäftigen?
 - a) Wenn nein, wieso nicht?
5. Welche Maßnahmen denkt sich die Stadt Wels an bzw. welche Maßnahmen hat die Stadt Wels bisher unternommen, um bessere Rahmenbedingungen und eine verbesserte Infrastruktur für Arztpraxen zu schaffen?
6. Was wären verbesserte Rahmenbedingungen? Wie sähen diese aus?
7. Gibt es konkrete Kooperationen mit Umlandgemeinden in Bezug auf den Ärztemangel?“

Bgm. Dr. Rabl: Vzbgm. Mag. Schinninger wird die Anfrage mündlich in der nächsten Sitzung des Gemeinderates beantworten.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen und der NEOS betreffend Verurteilung des Krieges in der Ukraine und die Ruhendstellung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen zwischen den österreichischen und russischen Städten
Verf-015-I-7-2022

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Nachdem zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen und der NEOS wird die Dringlichkeit
einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen und der NEOS betreffend Plan für die Aufnahme und Betreuung von aus der Ukraine geflüchteten Menschen
Verf-015-I-8-2022

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Hufnagl: Am 24.02. d.J., also vor 12 Tagen ist Russland in die Ukraine einmarschiert. Letzten Freitag, am 9. Tag nach der Invasion fragte ich mich - nicht nur ich sondern auch Kollegen, die den Antrag mitunterstützen - was tut die Stadt Wels in dieser Sache? Haben wir ein Krisenteam usw.? Deswegen stellen wir den Antrag. Wir dachten uns inzwischen sind 1,2 Mio. Flüchtlinge unterwegs und es werden natürlich auch einige nach Wels kommen. Sind wir dafür überhaupt vorbereitet?

Der Antrag wäre somit dringlich gewesen, umso mehr freute ich mich, als ich am Freitag aus einer Zeitung bzw. aus einer Pressemitteilung lesen konnte, dass bereits jetzt ein Krisenstab eingerichtet wurde – das ist eine ganz wichtige Sache. So gesehen hätten wir den Antrag zurückziehen können bzw. würde ich es auch verstehen, wenn wir die Dringlichkeit dem Antrag aberkennen. Allerdings las ich in dieser Pressemitteilung: „In einem ersten Schritt geht es vor allem um die Unterbringung von Transitflüchtlingen. Das sind solche, die nur eine Nacht in Wels bleiben und am nächsten Tag weiterreisen. Auf die kurzfristige Unterbringung von Flüchtlingsfamilien bereiten wir uns vor.“

So gesehen würde ich trotzdem gerne diesen Antrag diskutieren, weil ich glaube es ist ein wenig zu kurz gedacht. Es werden in Wels nicht nur Transitflüchtlinge auftauchen, sondern es werden auch Menschen kommen, die nicht wissen wie es weitergeht. So gesehen müssen wir uns auch in Wels darauf vorbereiten längerfristig – je nachdem dieser Konflikt andauert – Menschen aufzunehmen. Darum täte uns eine Diskussion dazu trotzdem gut.

Vzbgm. Kroiß: Dieser Dringlichkeitsantrag ist obsolet, weil alle diese Maßnahmen bereits umgesetzt wurden. Lieber Markus, ein Gespräch oder eine Frage vergangenen Donnerstag oder Freitag hätte durchaus genügt und du wärst ausreichend darüber informiert worden. Bereits am Freitag tagte der Krisenstab der Stadt Wels mit den Einsatzorganisationen, wie Polizei, Feuerwehr, Rotes Kreuz, aber natürlich auch mit der Firma SAB und der Welser Messe.

Es wurden bereits Maßnahmen getroffen und an das Land OÖ gemeldet. Wir sind in Verbindung mit dem Land OÖ was die Massenquartiere betrifft bzw. mit der Aufnahme von Familien, die in Wohnungen bei Verwandten, Bekannten oder Freunden untergebracht werden. Wir riefen bereits einige Tage davor als Stadt Wels eine Spendenaktion ins Leben, wo wir zu Sach- und Geldspenden aufgerufen und gebeten haben. In diesem Zusammenhang ein großes Dankeschön an die Welser Bevölkerung für ihre Großzügigkeit, was das Spenden betrifft, aber ein ganz besonderer Dank an die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels, die hier federführend für das Spendenlager in der Linzer Straße, Standort ehemalige Feuerwehr Pernau, ist.

D.h. wir führten bereits entsprechende Verhandlungen und trafen Maßnahmen. Die FPÖ-Fraktion wird sich der Dringlichkeit enthalten. Ich halte es für einen unnötigen Verwaltungsaufwand hier nochmals diesen Antrag zu behandeln, weil alle im Antrag angeführten Maßnahmen bereits getroffen wurden. Der Corona-Krisenstab ist jetzt gleichzeitig auch der Krisenstab für die Ukraine. Das wurde heute beschlossen, weil die handelnden Personen fast ident sind. D.h. die Stadt Wels traf hier bereits ganz viele Vorbereitungsmaßnahmen, weil wir uns unserer Verantwortung bewusst sind. Wir werden aber die Dringlichkeit bei diesem Antrag ablehnen.

Dem Antrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS wird die Dringlichkeit mit

	<u>17 Ja-Stimmen</u> (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
gegen	<u>18 Nein-Stimmen</u> (FPÖ-Fraktion, MFG)
	<u>nicht zuerkannt.</u>

GR. Mag. Humer war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Bgm. Dr. Rabl: Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen und der NEOS betreffend Verurteilung des Krieges in der Ukraine und die Ruhendstellung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen zwischen den österreichischen und russischen Städten wird nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

GR. Mag. Teubl: Sehr geehrte Damen und Herren, ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung den Initiativantrag der GRÜNEN-Fraktion, der als Punkt 12. in der Tagesordnung gereiht ist, bereits am Beginn der Sitzung zu behandeln und begründe das wie folgt:

Nach § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates kann der Bürgermeister die Tagesordnung des Gemeinderates festsetzen und die Reihenfolge der Verhandlungs-

gegenstände bestimmen, d.h. dem Bürgermeister ist hier völlig freie Hand gegeben. Auf Wunsch der Fraktionen wurde jedoch schon unter Bürgermeister Dr. Peter Koits die Regelung erwirkt, dass jede Fraktion pro Gemeinderatssitzung einen ihrer Anträge als vordringlichen Antrag kennzeichnen kann mit der Zusicherung, dass dieser dann am Beginn der Sitzung behandelt wird.

Diese mündliche Vereinbarung war viele Jahre guter Brauch im Welser Gemeinderat. Diese Vereinbarung wurde jedoch vor wenigen Tagen von Bgm. Dr. Rabl einseitig aufgekündigt. Dass sich der Bürgermeister nun nicht mehr daran halten will, ist unseres Erachtens ein Verlust an Fairness und demokratischem Verhalten.

Bgm. Dr. Rabl: Bitte Herr GR. Mag. Teubl, kommen sie zum Geschäftsordnungsantrag! Monologe dieser Art sind aus meiner Sicht nicht zielführend.

GR. Mag. Teubl: Es handelt sich um die Begründung meines Antrages und ich möchte nicht unterbrochen werden, danke!

Bgm. Dr. Rabl: Herr GR. Mag. Teubl, es gibt diesbezüglich keinen Geschäftsordnungsantrag. Ihnen ist offensichtlich die konsultierte Fassung unserer Geschäftsordnung nicht bekannt. Sie müssen einen Antrag auf Basis der Geschäftsordnung stellen und nicht irgendetwas.

GR. Mag. Teubl: Bitte?

Bgm. Dr. Rabl: Bitte den Geschäftsordnungsantrag, sonst muss ich ihnen leider das Wort entziehen.

GR. Mag. Teubl: Nach einer Fraktionsvorsitzenden-Besprechung heute Vormittag hat sich der Herr Bürgermeister zwar dazu herabgelassen diese Möglichkeit noch viermal im Jahr einzuräumen, der heutige vordringliche Antrag ist jedoch

Bgm. Dr. Rabl: Stellen sie bitte den Geschäftsordnungsantrag!

GR. Mag. Teubl: Ich begründe ihn gerade.

Bgm. Dr. Rabl: Ich möchte einmal wissen wie dieser Geschäftsordnungsantrag überhaupt lautet.

GR. Mag. Teubl: Das sagte ich bereits zu Beginn.

Bgm. Dr. Rabl: Nein, das ist kein Geschäftsordnungsantrag.

GR. Mag. Teubl: Für diese Tagesordnung wurde dieser vordringliche Antrag am Ende der Tagesordnung gereiht und mein Antrag lautet, dass dieser Initiativantrag am Beginn der Sitzung behandelt werden möge.

Bgm. Dr. Rabl: Es gibt im § 18 der Geschäftsordnung keine Möglichkeit, dass der Gemeinderat die Tagesordnung umreiht. Das ist Angelegenheit des Bürgermeisters. Sie sehen das im § 18 Abs.1 GOG. Der Geschäftsordnungsantrag, den sie vermeinen stellen zu wollen, ist in der Geschäftsordnung gar nicht vorgesehen, weshalb ich sie ersuche mit

Herrn Dr. Kitzmantel Rücksprache zu halten. Aus meinem Dafürhalten geht das nicht. Herr Dr. Kitzmantel, sind sie einer anderen Meinung?

Dr. Kitzmantel: Ich bin ihrer Meinung Herr Bürgermeister.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr. Leider kann ich diesen Antrag samt Begründung nicht zur Abstimmung bringen, weil er gar nicht vorgesehen ist. Das tut mir leid. Auch ich muss mich an die Geschäftsordnung halten, genauso wie sie Herr Mag. Teubl.

Absetzung eines Tagesordnungspunktes:

Bgm. Dr. Rabl: Bevor wir nun in die Tagesordnung eingehen ist festzuhalten, dass es hinsichtlich der Tagesordnung noch eine Änderung gibt. Es soll der Punkt 6. Community Nursing – Projektzusage, SHoR-424-02-1-2021, von der Tagesordnung genommen werden. Ich habe heute mit den Fraktionsvorsitzenden die Gründe dafür erörtert und würde daher um Zustimmung ersuchen, dass dieser Antrag von der Tagesordnung genommen wird.

Der Punkt 6. der Tagesordnung wird

e i n s t i m m i g von der Tagesordnung a b g e s e t z t.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Verleihung von Ehrenzeichen der Stadt Wels an
ausgeschiedene Mitglieder des Stadtsenates und Gemeinderates
BdB-325-01-1-2022

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 17.02.2022:

In Würdigung ihrer Verdienste um die Stadt Wels werden

Herrn **Peter Lehner** der Ehrenring der Stadt Wels,
Frau **Margarete Josseck-Herdt** das Große Ehrenzeichen der Stadt Wels,
Herrn LAbg. **Dr. Peter Csar** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,
Herrn **Stefan Haböck** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,
Frau **Augustine Hacker** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,
Herrn **Egon Schatzmann** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,

Frau **Barbara Wildfellner** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,
Herrn **RegR. Walter Zaunmüller** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,
Frau **Mag. Sabine Brenner-Nerat** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER,
Herrn **Christian Fila** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER,
Herrn **Mark Paulusberger** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER,
Frau **Elke Ruetz** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER,
Frau **MMag. Stefanie Rumersdorfer** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER,
Herrn **Mag. Peter Sönser** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER,
Herrn **Heinrich Taitl** die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER
verliehen.

Einstimmig angenommen.

2.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2022/001

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadt-
ausschuss am 17.02.2022:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis
genommen.

Einstimmig angenommen.

3.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2022/002

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadt-
ausschuss am 17.02.2022:

Die beantragte Kreditüberschreitung (Anlage 1) wird genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

	<u>35 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion – ohne GR. Schatzmann, NEOS, MFG)
gegen	<u>1 Stimmenthaltung</u> (GR. Schatzmann)
	<u>angenommen.</u>

4.)

Liefervertrag Gas 2022, Kreditüberschreitung VASSt. 1.0290.600200;
Abschluss eines Liefervertrages zum Bezug von Gas mit der eww ag,
Wels, Stelzhamerstraße 27, sowie Beschluss des beiliegenden
Kreditüberschreitungsantrages;
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
SD-KFM-260-2022 miterledigt:
ZE-022-1-36-2022

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 17.02.2022:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge angefügte Beauftragung (Beilage ./1) an die eww ag, Wels, Stelzhamerstraße 27, betreffend die Lieferung von Gas mit einer voraussichtlichen Brutto-Auftragssumme von € 318.100,-- inkl. USt. sowie beiliegenden Kreditüberschreitungsantrag (Beilage ./2) in Höhe von € 325.000,-- beschließen.

Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatte(r)in Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

5.)

Betreubares Wohnen Generationenwohnen PLUS,
Wels, Linzer Straße/Hans-Sachs-Straße;
Subvention an die Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft reg.Gen.mmbH
SO-SenB-100.000-2021

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 17.02.2022:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Subventionsvereinbarung inklusive der Subventionsordnung der Stadt Wels (Beilage ./2) zwischen der Stadt Wels und der Gemeinnützigen Welser Heimstättengenossenschaft reg. Gen.mmbH betreffend Übernahme der Kosten für die Errichtung des WLANs und der Küchenerstaussstattung für die 30 betreubaren Wohnungen in der Höhe von maximal € 185.000,-- netto durch die Stadt Wels im Rahmen der Errichtung und Ausstattung des Objektes „Generationenwohnen PLUS“ beschließen.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Es ist geübte Praxis. Auch in der Vergangenheit haben wir Wohnräume für betreubares Wohnen für unsere älteren Mitbürger errichtet und die Subventionen dazu beschlossen. Danke für diesen Beschluss für die ältere Generation in der Stadt Wels.

StR. Schäfer, Bsc MSc: Als Wohnungsreferent bin ich über diesen Beschluss sehr erfreut. Das Generationenwohnen ermöglicht ein Altern in Würde und Selbstbestimmung. Der Standort in der Linzer Straße ist ideal, denn er bietet kurze Wege, man ist in ein paar Minuten in der Innenstadt, auch die Nähe zum APH liefert die notwendige Flexibilität für die Menschen, die dort einziehen werden. Bereits Ende Jänner 2022 hatten wir mit der Welser Heimstätte mehrere Wohnungssprechstage. Es ist sehr erfreulich, dass wir jeden Interessenten eine Wohnung zusagen konnten. Es sind alle Wohnungen zu 100 % barrierefrei, die Menschen fahren mit dem Lift von der Tiefgarage in ihre Wohnung, haben keine einzige Stufe zu bewältigen. Das gilt auch für das barrierefreie Bad. Die Wohnungen weisen mit einer Fußbodenheizung und Wohnraumlüftung den letztmöglichen Standard aus. Es wurden wirklich tolle Wohnungen.

Mit der heutigen Subvention ermöglichen wir, dass eben eine Küche und die wichtige notwendige Infrastruktur eingebaut wird. D.h. die Voraussetzungen dafür, dass gewisse Dienstleistungspakete seitens des APH ermöglicht werden können, werden von der Stadt Wels in die Wege geleitet.

Mein Dank an dieser Stelle gilt für allem der ehemaligen Generationenreferentin StR. i.R. Josseck-Herdt, denn diese war es, die das Projekt grundsätzlich zur Umsetzung brachte, sodass wir heute in diesem Bereich ermöglichen können, dass das Altern in Würde und vor allem in Selbstbestimmung gesichert ist.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

6.)

Community Nursing – Projektzusage
SHoR-424-02-1-2021

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

7.)

Verein „Medien Kultur Haus Wels, Verein zur Förderung der Jugendkultur“,
Wels, Pollheimerstraße 17; Abänderung des Bestandsvertrages
BK-K-133-2022

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 17.12.2022:

Beiliegender Bestandsvertrag mit dem Medien Kultur Haus, Verein zur Förderung der Jugendkultur, wird beschlossen.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Die Referentin schilderte, wie der formelle Ablauf von statten ging. Dazu gibt es einiges hinzuzufügen. Zwischenzeitlich gab es Gespräche mit den Betreibern des Medienkulturhauses. Diesen wurde deutlich mitgeteilt, dass an einer Neuausschreibung kein Weg vorbeiführt. Selbst kann ich bestätigen, bereits vor eineinhalb/zwei Jahren wurde ich als damaliger Stadtrat vom Herrn Bürgermeister damit konfrontiert neu auszuschreiben.

Folgende Vorgangsweise ist nun vorgesehen: Die Referentin sagte selbst, die Betreiber des Medienkulturhauses machen einen hervorragenden Job, den machen sie eigentlich schon seit 19 Jahren. Vor 10 Jahren verabschiedeten wir mit der Vorarbeit von Kulturstadtrat Dr. Ganzert und mit der damaligen Kulturreferentin Anna Eisenrauch diesen Vertrag, der relativ deutlich sagte, wenn ihr eine gute Arbeit macht, wenn die Stadt Wels mit der Arbeit zufrieden sein kann, gibt es eine Option auf eine zehnjährige Verlängerung. Diese Option wurde gerade geschildert, ist jetzt mit diesem Antrag auf Verlängerung um zwei Jahre vom Tisch, obwohl wir noch immer befinden, dass die Betreiber ihren Job gut machen.

Stellen wir uns einmal vor sie betreiben irgendetwas, es gibt nie eine Kritik, es wird geredet wie die Zeichen der Zeit habt ihr erkannt, ihr seid innovativ, ihr entwickelt den Vertrag weiter, ihr seid mittlerweile ein Leuchtturmprojekt, es kommen aus ganz Österreich Delegationen anderer Kultureinrichtungen, schauen sich an wie das in Wels funktioniert, schauen sich das Programm an. Wir haben eine weit über Europa gehende Reichweite mit dem YOUKI-Festival. Es gibt sozusagen einen volldynamischen Kulturknoten und dann kommen wir und stellen ihnen den Sessel vor die Tür.

Im Kulturausschuss fragte ich, ob es keine andere Möglichkeit gäbe. Nochmals wurde die internationale Ausschreibung erwähnt – das stimmt natürlich in dieser Form nicht. Sonst wäre es gar nicht möglich den bestehenden Vertrag um zwei Jahre zu verlängern und dann müssen wir international ausschreiben? Hier wissen wir dann schon wie das Ganze funktioniert.

Der zuständige Abteilungsleiter hat auf meine Frage, ob eine normale Vertragsverlängerung, wie wir das jetzt machen, geprüft wurde, mit „nein, das haben wir nicht geprüft, weil wir das Einvernehmen mit dem Medienkulturhaus haben“ geantwortet. Das Einvernehmen war in Wirklichkeit eine klare Optionslosigkeit des Betreibervereins.

Hier wird sichtbar um was es meiner Ansicht nach bei dieser Frage geht. Im letzten Gemeinderat diskutierten wir das Thema FreiRaum. Der Verein FreiRaum soll keine Vertragsverlängerung und keine Subvention bekommen, der ebenfalls in den letzten Jahren eine tolle Arbeit leistete und trotzdem wird er eingestellt und trotzdem gibt es keine Subvention mehr. Hier ist es ähnlich.

Was war die Intention von Ganzert und Eisenrauch als sie diesen Vertrag gemacht haben? Die Idee und der dahinterstehende Geist war „Kultur braucht Möglichkeitsräume“, „Kultur braucht Struktur“, in der sie sich bewegen und bewähren kann. Sie haben sich bewegt und bewährt und trotzdem soll der Vertrag nicht verlängert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ihr habt sicher vergangenen Donnerstag den offenen Brief des Medienkulturhauses gesehen. Darin wird richtiggestellt, dass ein Einvernehmen hergestellt werden konnte und eine Neuausschreibung auf ihre Zustimmung gestoßen ist. Ich ersuche sie nochmals nachzudenken, ob es wirklich Sinn macht eine gut eingeführte innovative Kultureinrichtung zu zerschlagen und mit einem neuen Betreiber neu zu beginnen.

GR. Wippl, BA BA: Ein Zitat von Albert Schweitzer lautet: „Kultur fällt uns nicht wie eine reife Frucht in den Schoß. Der Baum muss gewissenhaft gepflegt werden, wenn er Frucht tragen soll.“ Das Kulturleben ist grundsätzlich von Weitsichtigkeit gekennzeichnet. Nach zehn Jahren ist es im Sinne jedes Kulturverantwortlichen zu evaluieren. Somit können Verbesserungen zur Qualitätssicherung, Lernprozesse und neue Entwicklungen eingeleitet werden. Ein Kulturprogramm wird grundsätzlich ein Jahr im Voraus geplant. Mit der Verlängerung des Bestandsvertrages bis ins Jahr 2024 soll sichergestellt werden, dass das geplante Programm sowie ein größeres Projekt durchgesetzt werden können. Mit einer Kündigung im heurigen Jahr wären diese Projekte nicht möglich gewesen und demnach ist es ein gemeinsames Anliegen, dass der Vertrag bis 2024 verlängert wird.

Es war dem Medienkulturhaus zudem schon länger bekannt, wenn der Vertrag ausläuft, dass neu ausgeschrieben wird. Der Bestandsvertrag wurde in mehreren Gesprächen mit der Stadt Wels gemeinsam ausverhandelt. Erst nach Zustimmung des Medienkulturhauses wurde dieser dem zuständigen Ausschuss vorgelegt. Zudem wurde darauf Rücksicht genommen, dass der Bestandsvertrag bis zum Pensionsantritt des jetzigen Obmanns verlängert wird, um so einen lückenlosen Übergang für den neuen Vertreter zu ermöglichen. Mit der Ausschreibung besteht die Chance neue Ideen nach Wels zu bringen und Räume für neue Vorhaben zu öffnen. Kultur besteht doch immer wieder aus vielfältigen neuen Ideen, oder? Es heißt ja nicht, dass ab sofort internationale Festivals, wie das Youki, nicht mehr stattfinden können.

Es steht dem Medienkulturhaus frei sich bei der Ausschreibung zu bewerben. Mit der Erfahrung erfolgreiche Projekte umzusetzen heißt es ja nicht, dass sie den Zuschlag nicht bekommen. Und ich sehe das nicht als eine Missachtung der Leistung des Vereines Medienkulturhaus, denn wenn sie sich bewerben, sich gegen internationale Bewerber durchsetzen können und den Zuschlag bekommen, dann ist das wohl die größte Anerkennung ihrer Arbeit.

StR. Dr. Oberndorfer: Kollege Reindl-Schwaighofer sprach davon er verstehe nicht ganz warum wir von der Notwendigkeit einer Ausschreibung sprechen, wenn alle mit der Arbeit zufrieden sind. Auch wir sind mit der Arbeit des Medienkulturhauses grundsätzlich sehr zufrieden. Wir glauben auch nicht es liegt an der inhaltlichen Arbeit, dass man eine Neuausschreibung beschließen muss.

Was ich schon glaube ist die Rechtsmeinung, die die Juristen im Magistrat vertreten, nämlich das Erfordernis einer Neuausschreibung, wobei Neuausschreibung zu relativieren ist. Es gab ja noch nie eine Ausschreibung – das sei einmal dahingestellt, ob das vor 10 Jahren korrekt erfolgt ist, das will ich jetzt hier nicht beurteilen, ist auch nicht meine Aufgabe. Faktum ist aber, dass die Rechtsmeinung vertreten wird, weil es sich um Dienstleistungen handelt in einer Größenordnung von mehreren hunderttausend Euro, die

hier von einem Verein von der Stadt sozusagen übernommen werden sollen, dass es sich um einen ausschreibungspflichtigen Vertrag handelt. Wie gesagt, das nehme ich so zur Kenntnis und auf der Basis müssen wir unsere Entscheidung fällen.

Die Aussage von Kollegen Reindl-Schwaighofer hat durchaus seine Berechtigung. Wir führten im letzten Gemeinderat eine sehr hitzige Diskussion über den Freiraum, wo es sehr wohl darum ging und zumindest eine Seite meinte, dass politische Überlegungen dahinterstehen diesem Verein die Subventionen zu streichen bzw. diese nicht zu verlängern.

Ich glaube die Situation beim Medienkulturhaus ist anders. Ich hege den von dir geäußerten Verdacht nicht in dieser Weise, aber gleichzeitig ist es doch wichtig hier, wenn es zu einer Ausschreibung kommt, alle Fraktionen miteinzubinden, um diesen im Raum stehenden Verdacht von vorne herein auszuschließen.

Die Referentin erwähnte bereits, es sollen alle Parteien eingebunden werden. Das besprach ich bei einem heutigen Telefonat mit dem Herrn Bürgermeister nochmals. Wir erteilen unsere Zustimmung nur dann, wenn bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Die erste Bedingung ist eben alle Fraktionen bzw. Parteien miteinzubinden in den Ausschreibungsprozess. D.h. die Definition der Ausschreibungsunterlage ist das Wesentlichste einer Ausschreibung und soll in einem breitest möglichen Konsens erfolgen.

Nachdem sich eine oder mehrere Organisationen beworben haben gibt es eine Entscheidung einer Jury. Diese Jury entscheidet jetzt nicht den Vertragsabschluss, sondern sie bewertet das Angebot des Vereines oder der Organisation. Auch in dieser Jury sollen entsprechende politische Vertreter sein. Und zwar aus dem Grund, um eben von vorne herein hintanhalten zu können, dass dies in eine bestimmte politische Richtung getrieben wird und so einen breiten Konsens gewährleistet.

Es ist jetzt modern in allen ehrenamtlichen Organisationen politische Vertreter unterzubringen. In diesen Verein oder in diese Organisation, die nach der Ausschreibung das Medienkulturhaus betreibt, sollen keine politischen Vertreter sitzen. Dieser Verein soll politikfrei bleiben. Auch das eine Bedingung unserer Zustimmung.

Nächster wichtiger Punkt ist die finanzielle Ausstattung. Es gibt durchaus die Befürchtung, dass das Medienkulturhaus finanziell ausgetrocknet werden könnte. Auch da darf ich auf unser heutiges Telefonat verweisen. Wir haben festgehalten, dass das Medienkulturhaus in der jetzigen Form bestehen bleiben soll. Es soll finanziell nicht schlechter gestellt sein als bisher, sondern in Wahrheit soll es was die finanziellen Mittel betrifft nach oben gehen. Das hängt natürlich davon ab welches Angebot konkret präsentiert wird. Aber es ist klar, es gibt sozusagen einen Deckel nach unten. Es wird nicht gespart, es wird nicht weniger, sondern es soll ein „Mehrangebot“ werden, welches in Zukunft angeboten wird. Auch das ist ganz wichtig festzuhalten, das Medienkulturhaus in seiner bisherigen Form wird nicht finanziell ausgetrocknet.

Dann einigten wir uns noch auf ein paar inhaltliche Fixpunkte. Da besteht weitestgehend Konsens. Das was im Medienkulturhaus auch nach einer Neuausschreibung definitiv enthalten sein soll ist zuallererst die Jugendarbeit, die dort sehr gut gemacht wurde. Das ist ja auch der Grund warum das Medienkulturhaus solche Zustimmung findet. Wer auch

immer das Medienkulturhaus dann betreibt, es soll diese Jugendarbeit in dieser Form weitergeführt werden. Ein ganz wichtiger Punkt!

Das Kaiserpanorama, die Galerie der Stadt Wels, die Gastronomie und auch das Programm kino sollen weitergeführt werden. Das sind die Fixpunkte, die bereits aus unserer Sicht für eine Ausschreibung feststehen.

Was wäre die Alternative, wenn man jetzt nicht zustimmt? Der Antrag lautet ja es soll ein Miet- oder Bestandsvertrag abgeschlossen werden für weitere zwei Jahre und damit wird letztlich der bestehende Bestandsvertrag aufgehoben. Würde man dieser Änderung des Bestandsvertrages nicht zustimmen, dann hätten wir die Situation, dass bis Ende März entweder der bestehende Bestandsvertrag zu kündigen ist oder er verlängert sich um weitere 10 Jahre. Jetzt ist die letzte Sitzung vor Ende März, das ist sozusagen die letzte Chance um den Vertrag zu kündigen oder er würde sich dann um weitere 10 Jahre verlängern. Wenn wir also nicht zustimmen, hätten wir vertragsgemäß diese Verlängerung um weitere 10 Jahre.

Jetzt sage ich als Jurist – vielleicht! Das ist nicht so sicher, denn wenn ich die Aussagen der Magistratsjuristen ernst nehme – das tue ich - gehe ich davon aus, wir sind rechtlich verpflichtet auszuschreiben und wenn wir ausschreiben müssen, dann wäre auch eine Verlängerung zumindest rechtlich gesehen unsicher. Das wollen wir nicht. Diese Rechtsunsicherheit kann man vermeiden durch dieses Prozedere.

Politisch gesehen hätten wir dann spätestens beim nächsten Doppelbudget das Thema wie geht es weiter mit dem Verein. Denn eines kommt aus dem offenen Brief ganz gut hervor – die Subventionen, die dieser Verein bekam, wurden eingefroren. D.h. wir haben das Niveau wie vor 10 Jahren und diese wurden im Jahr 2015 nochmals gekürzt um 10 %. Wenn ich eine jährliche Inflation dazu rechne, führt das zu einer effektiven Kürzung von 30 – 40 %. Wenn dieses Budget eingefroren ist, dann wird es faktisch immer schwieriger für das Medienkulturhaus das Kulturangebot weiterhin in dieser Qualität aufrecht zu erhalten. Gerade aus diesem Grund war es uns auch wichtig, deshalb haben wir es auch so fixiert, hier einen Deckel einzuziehen für die Zukunft. Wenn, dann muss es nach oben gehen. Wenn, dann muss man das was in den letzten Jahren an Inflation passierte aufholen, dann muss man das was durch die Kürzungen passiert ist wieder zur Verfügung stellen, damit das Kulturangebot entsprechend ausgebaut wird. Wenn wir das Ganze schon machen, dann soll das einen Sprung nach vorne bringen und nicht einen Schritt zurück.

Aus diesem Grund werden wir diesem Antrag zustimmen, nicht mit Begeisterung, sondern aus der Überzeugung heraus, dass es notwendig ist das rechtlich auf neue Beine zu stellen. Machen wir das Beste daraus, sichern wir einerseits die parteipolitische Unabhängigkeit und andererseits die finanzielle Kraft, die der Betreiber des MKH in Zukunft bekommen wird.

GR. Scheinecker, BA: Danke für die Wortmeldung, lieber Martin. Ich bin keine Juristin und kann das in dieser Hinsicht nicht beurteilen. Was ich aber sehr wohl kann ist die Argumentation nachzuvollziehen. Ich wüsste nicht was gegen eine Vertragsverlängerung auf 10 Jahre spricht, eben aus dem Aspekt heraus, dass es keine Kritik an der Arbeit des Medienkulturhauses gegeben hat. Ich verstehe Kultur soll innovativ sein, man soll sich an neue Gegebenheiten anpassen. Dazu muss man als politischer Entscheidungsträger sagen was man überhaupt will, damit das Medienkulturhaus sich möglicherweise darauf

einstellen kann und nicht nur betonen wie gut die Arbeit ist, dann kann ich eine versteckte Kündigung – das ist es für mich – nachvollziehen.

Bezüglich der Ausschreibung wir hätten ein Potential, ja! Aber jetzt stelle ich mir einmal vor wir entlassen Mitarbeiter und sagen wir schreiben die Stelle neu aus und ihr könnt euch ja eh wieder neu bewerben, sie gewinnen die Ausschreibung und den Bewerbungsprozess ja eh sicher. Wenn wir das jetzt überall so machen, wenn es um Sachen, Dinge und Menschen geht, deren Arbeit wir wertschätzen, dann halte ich das für einen fragwürdigen Zugang und vor allem einen wenig wertschätzenden Zugang. Das Medienkulturhaus ist in Wels eine Erfolgsgeschichte. Das MKH ist weit über unsere Stadtgrenzen hinaus bekannt. Wir haben ein MKH, welches es schafft intellektuelle Künstler, Jugendliche, Lehrlinge anzusprechen und an uns zu binden. Dann frage ich mich was das für eine Wertschätzung ist gegenüber dem MKH und dem dahinterstehenden großartigen Team. Es ist nicht nur ein Verein, es sind tatsächlich Menschen, die arbeiten, die das kulturelle Leben in dieser Stadt prägen. Wo genau soll das Entwicklungspotential liegen? Es sind genau diese Menschen, die sich dreimal überlegen werden kulturell und sozial aktiv zu werden in dieser Stadt.

Das sind ein paar fragwürdige Punkte für mich. Wesentlich ist, es gibt einen Grund warum es diesen Vertrag gibt mit dieser Verlängerung. Eine zehnjährige Verlängerung ist tatsächlich eine Perspektive. Kultur funktioniert nicht von heute auf morgen. Das Medienkulturhaus hat nicht nur in den letzten 10 Jahren großartige Arbeit geleistet, sondern die mitwirkenden Menschen sind bereits seit 20 Jahren in dieser Stadt aktiv und eine wesentliche Triebfeder des kulturellen Lebens.

Diese Neuausschreibung ist tatsächlich eine Farce davon auszugehen, dass alles besser wird, wenn international ausgeschrieben wird und gleichzeitig unter diesem Deckmantel der Verbesserung argumentiert wird.

Wir haben ein Medienkulturhaus, welches großartige Arbeit leistet. Wertschätzend ist diese Arbeit weiter zu fördern. Kultur braucht Perspektiven, Kultur braucht auch den FreiRaum und wenn ich keine Kritik, keine Verbesserungsvorschläge höre, weiß ich nicht genau warum wir als politische Entscheidungsträger nun ein Reglement einführen wollen und in Wirklichkeit damit einen FreiRaum für die Perspektiven der Menschen in dieser Stadt begrenzen. Insofern wird es von meiner Fraktion keine Zustimmung für diese Vertragsänderung und vor allem für eine versteckte Kündigung geben.

GR. DI. Haydinger: Eine der wichtigsten Aufgaben der Welser Stadtpolitik ist es doch mit finanziellen Mitteln, also mit dem Geld der Welser, verantwortungsvoll umzugehen. Die Referentin sagte es eingangs, es geht hier um sehr viel Geld. Genauer gesagt um knapp € 350.000,-- im Jahr, auf 10 Jahre aufgerechnet um € 3,5 Mio. Es ist nicht nur unsere Aufgabe, sondern auch unsere Pflicht, insbesondere die Pflicht des Bürgermeisters, mit diesem Geld verantwortungsvoll umzugehen. Daher finde ich es interessant, immer dann, wenn Freiheitliche Politik genau das macht, nämlich zu hinterfragen ob die finanziellen Mittel ordentlich eingesetzt sind und vielleicht Möglichkeiten aufzeigt dies zu verbessern, wird uns Parteipolitik unterstellt, wie es Kollege Reindl-Schwaighofer vorher machte.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Diese Diskussion hatten wir in der letzten Gemeinderatsitzung bereits beim FreiRaum Wels. Auch damals wollten wir nichts anderes

als freistehende Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und damit der Welser Bevölkerung viel Geld zu sparen.

Kollegin Wippl, BA BA begann mit einem schönen Zitat, mir ist ebenfalls eines eingefallen, nämlich: „Wer aufgehört hat besser zu sein, hat aufgehört gut zu sein.“ Um nichts anderes geht es hier. Wir wollen neue Ideen durch diese europaweite Ausschreibung sammeln, wir wollen eine bessere Einbindung der Jugend, wir wollen mehr Veranstaltungen und buntere Konzepte. Und ja, das Medienkulturhaus leistete in den letzten Jahren gute Arbeit, aber eines darf man schon auch sagen: Bei der Welser Bevölkerung ist es zum großen Teil nicht angekommen. Ich machte mir die Mühe in den letzten Tagen und Wochen im Freundeskreis herumzufragen, besonders bekannt ist es nicht.

Um es nochmals auf den Punkt zu bringen. Es geht hier nicht um das Programm kino, nicht um den Verein BuchZeit, nicht um den Verein Reizend, nicht um die Galerie, nicht um das Kaiserpanorama und auch nicht um die Gastronomie. Es geht ausschließlich um das Medienkulturhaus und um den Verein Youki. Wie gesagt, wir wollen nichts anderes als durch diese Ausschreibung über den Tellerrand hinausschauen - das ist in der Kultur oft notwendig und wichtig -, um uns von auswärts neue Impulse, neue Ideen einzuholen und im Sinne der Stadt Wels diesen Verein zu verbessern.

GR. Hufnagl, MBA: In Vorbereitung auf diesen TOP schrieb ich mir drei Fragen auf, aber jetzt sind es doch ein paar mehr geworden. Im Antrag steht es ist angedacht die Führung des Betriebes neu auszuschreiben. Was heißt angedacht? Müssen wir oder müssen wir nicht? Sind wir rechtlich verpflichtet jetzt neu auszuschreiben oder sind wir es nicht? Wenn wir verpflichtet sind, warum können wir den Vertrag einfach für zwei Jahre verlängern? Müssten wir nicht jetzt ausschreiben? Das ist für mich wichtig. Ich möchte ja rechtssichere Beschlüsse fassen.

Eine Ausschreibung soll immer eine Kosten/Nutzen-Maximierung hervorrufen. Es ist völlig richtig, eine Ausschreibung ist per sé nichts Negatives, auch wenn hier schon mehrfach betont wurde, dass die jetzigen Betreiber gute Arbeit leisten. Aus den letzten Wortmeldungen hörte ich jedoch wieder heraus, naja so sind wir dann auch wieder nicht zufrieden. Dann sollte man ehrlich sagen was Sache ist. Sind wir zufrieden oder sind wir nicht zufrieden. Sagen wir es einfach. Für mich passte es immer, aber wenn es jemanden nicht passt soll er es einfach artikulieren und nicht hinten rum sagen, naja so toll war es auch nicht.

Für mich neu war die Aussage vom Kollegen Reindl-Schwaighofer, dass dem jetzigen Betreiber zugesagt wurde, wenn sie die Arbeit gut machen den Vertrag dann zu verlängern. Jetzt steht das wahrscheinlich nirgends, es ist ein Indiz aber es ist nicht enthalten. Es steht nirgends es wird evaluiert und ein Gremium entscheidet.

Es hat vielleicht etwas mit Ehre zu tun, wenn man als Stadt etwas zusagt und dann diese Zusage nicht eingehalten wird. Wenn das so war, hat es sehr wohl einen Grund den Vertrag weiterlaufen zu lassen. Es sollten sich einfach alle Institutionen darauf verlassen können, wenn Vertreter der Stadt etwas zu sagen, dass diese Zusage auch weiterhin gilt und sich auch zukünftige Regierungen daran halten. Das sollte sich von selbst verstehen.

Warum filetieren wir das MKH so? Es wird das Programm kino herausgenommen. Ja, ich weiß, es ist eine eigene GmbH usw. und angeblich sind die jetzigen Betreiber dafür.

Verstehen tue ich es nicht. Warum wird es in Einzelteile zerlegt? Ich denke, wenn jetzt ein neuer Betreiber kommt oder sogar die alten Betreiber das weiterhin machen, dann nimmt man denen doch stückweise irgendwie Gestaltungsfreiraum oder ein Aufgabengebiet weg. Wenn dieses immer kleiner wird, wird es für einen professionellen Betreiber irgendwann uninteressant. Das würde ich mir denken, denn wenn ich Geschäftsführer bin und meine Firma wird immer wieder verkleinert, dann denke ich mir schon irgendwie ist es nicht mehr recht lustig. Ich frage mich warum das so filetiert wird. Man nimmt sich dadurch auch Synergien weg.

Bei meiner heutigen Durchsicht der Homepage steht in einem gelben Kästchen „unsere Partner“ – diese sind alle angeführt. Wenn das jetzt irgendwie eine Entflechtung ist, weiß ich nicht ob die Zusammenarbeit dann in Zukunft weiterhin so gut funktioniert.

Wenn wir schon eine Ausschreibung machen, ist es wichtig alle Parteien, nicht nur die Fraktionen, miteinzubeziehen. Das würde ich mir wirklich wünschen. Keiner von uns hat die Intention irgendwie kulturell mitzumischen, Vorgaben zu machen und uns inhaltlich einzubringen. Sondern es geht einfach nur darum, dass dieser Entscheidungsprozess transparent und fair gestaltet und das Ergebnis möglichst breit mitgetragen wird. Das ist ganz wichtig. Diesen Wunsch deponierte ich heute bereits beim Herrn Bürgermeister, dass eben alle Parteien mitarbeiten dürfen.

Ziel dieser Neuausschreibung muss es sein ein langfristiges Nutzungskonzept vorgelegt zu bekommen von den Bewerbern. Ebenso einen Businessplan, der den sparsamen Umgang mit dem Steuergeld natürlich beinhaltet und der Schwerpunkt sollte der gleiche sein wie bisher. Ebenso sollte dieser Verein parteifrei agieren. Es sollte mindestens dieselbe Höhe des Geldes zur Verfügung gestellt werden wie jetzt, wobei natürlich die Inflation mitabgegolten werden muss.

Wenn diesen Dingen alle zugestimmt wird, dass es eine faire und transparente Ausschreibung gibt, dann muss man dem zustimmen, auch wenn ich die rechtlichen Fragen trotzdem gerne irgendwie geklärt hätte.

StR. Rammerstorfer: Vorweg möchte ich klarstellen, dass wir als GRÜNEN-Fraktion uns entschlossen haben nicht eine Entscheidung für unsere Fraktion zu treffen. Einen Fraktionszwang gibt es bei uns ja ohnehin nicht, meistens sind wir GRÜNEN uns einig wie wir abstimmen werden. Diesmal sagten wir es soll jeder nach Anhörung der diversen Debattenbeiträge nach seinem besten Wissen und Gewissen entscheiden.

Wie ich persönlich entscheiden werde, möchte ich mit einem Gleichnis veranschaulichen. Wenn man die Wahl hat zwischen einem Stück Torte und einem Stück Brot, wird man sich wahrscheinlich für die Torte entscheiden. Wenn man aber nur die Wahl hat zwischen einem Stück Brot oder gar nichts, dann wird man das Brot nehmen. So verhält es sich meiner Meinung nach mit diesem MKH-Vertrag. Die beste Lösung, nämlich den Vertrag um einen deutlicheren Zeitraum zu verlängern – es müssen ja nicht die ganzen 10 Jahre sein, man hätte auch die Möglichkeit für 5 Jahre in Betracht ziehen können – steht meines Erachtens nicht zur Auswahl. Wenn wir heute ablehnen besteht die große Gefahr, dass mit Ende März die Kündigung ausgesprochen wird, die dann mit Ende Dezember wirksam werden würde. D.h. es gibt nur mehr die schlechtere Lösung, also die Verlängerung um 2 Jahre. Dementsprechend werde ich mich dafür entscheiden, so wie es das auch das Medienkulturhaus letztendlich hat.

Ein Evaluierungsprozess, wie ihn auch Frau GR. Wippl, BA BA angesprochen hat, ist mir mehr oder minder entgangen, also hat meines Erachtens nicht stattgefunden und wenn, dann wurde er nicht kommuniziert. Die Entscheidung des MKH war dem Vernehmen nach nach dem Motto „friss oder stirb“. Das ist kein wertschätzender Umgang mit diesem Verein, der so viel leistete – das muss ich wohl nicht näher erläutern.

Die Kürze der nun ausverhandelten Laufzeit macht dem MKH sicherlich das Leben schwer in diesen beiden Jahren, so es so zustande kommt. Es ist mit einer großen Jobunsicherheit für das Personal verbunden. Es ist natürlich schwierig bei Menschen, die 45 oder 50 Jahre alt sind, dass diese dann vielleicht ein anderes Angebot annehmen. Es wird schwierig sein an anderes Personal zu kommen angesichts dieser Unsicherheit. Diese Unsicherheit betrifft natürlich auch die Planungssicherheit für Veranstaltungen. Also Ausstellungen renommierter Künstler benötigen ihre Zeit, es braucht zum Teil eine Vorlaufzeit von deutlich mehr als einem Jahr. Das funktioniert so nicht. Aber egal, es handelt sich ja nur um die Galerie der Stadt Wels.

Ich gehe davon aus, dass das MKH in zwei Jahren die Neuausschreibung, so sie nach fairen Kriterien verläuft, gewinnt und weitermachen kann. Der Imageschaden ist bereits angerichtet. Worin besteht dieser Imageschaden? Es scheint so als wolle man Wels permanent als eine Stadt positionieren, der Kultur, Bildung, Kinder, Jugend, Digitalisierung, überregionale Vernetzung wenig bedeutet. Während sich andere Städte um junges kreatives Potential nahezu prügeln, scheint man es in Wels vertreiben zu wollen. Das hat die Kollegin Scheinecker scheinbar auch angesprochen, ich habe es leider sehr schwer verstanden.

Dann wundert man sich, dass Wels ein schlechtes Bildungsniveau hat, über Fachkräftemangel, über Ärztemangel und dass man keine Universität nach Wels bekommt. Das ist schon verblüffend, muss ich ganz ehrlich sagen.

Das Image der Stadt lässt sich nicht in Euro berechnen. Das ist ein nicht exakt nachvollziehbares Kapital. Aber dennoch ist es ganz wichtig und wird in jeder europäischen Stadt, die etwas auf sich hält, erkannt. In diesem Sinne darf ich dringend warnen die eingeschlagene Richtung der permanenten Schwächung der Kreativszene grundlegend zu revidieren. Sie müssen nicht alles verstehen was im MKH passiert, das tue ich auch nicht. Es steht keinem politischen Verantwortlichen zu, seinen eigenen persönlichen Geschmack als allgemein gültige Richtlinie über die Stadt zu spülen. Die Mitglieder des Stadtsenates sind gefordert für alle Menschen in dieser Stadt zu arbeiten und nicht nur für die, die sie wirklich oder vermeintlich gewählt haben.

Ein paar letzte Sätze möchte ich noch zur in Wels besonders ausgeprägten parteipolitischen Vereinnahmung zivilgesellschaftlicher Projekte sagen. Ich finde es erstaunlich, in den letzten Monaten Woche für Woche wieder aufs Neue - offenbar bin ich etwas naiv in die Politik gegangen -, dass jeder Kulturverein, jede Kinderbetreuungsgruppe, jede soziale Initiative einer bestimmten Partei zugeordnet sein muss. Wenn Leute in Vereinen oder Aktionen mit unpolitischer Agenda nicht willkommen sind, weil sie keiner oder der falschen Partei angehören, führt das zum Begriff unter der Zivilgesellschaft „ad absurdum“. Dass nun mit dem MKH und dem FreiRaum gleich zwei Institutionen, die sich recht deutlich außerhalb der parteipolitischen Vereinnahmung etabliert haben, durch andere Institutionen abgewickelt werden sollen, stimmt mich

besonders nachdenklich, denn gerade diese hätten ein besonders großes Stück von der Torte verdient.

GR. Kroiß: Lange Zeit überlegte ich, ob ich mich zu Wort melde, denn ich muss gestehen mit Kultur kann ich nicht viel anfangen. Das muss ich ganz offen zugeben. Ich bin gerne bei sportlichen Veranstaltungen, aber dennoch schätze ich das Medienkulturhaus hoch. Es fanden dorthin schon Firmenausflüge statt, wir waren auch mit einer Jugendgruppe dort. Nein, wir haben nichts gegen das Medienkulturhaus, wir haben nichts gegen den Betreiber, wir wollen nicht die Arbeit schlechtreden. Nein, wir wollen es richtig machen! Wenn die Juristen im Welser Magistrat sagen es gehört neu ausgeschrieben, dann gehört neu ausgeschrieben. Stellen sie sich das umgekehrt vor. Wir machen jetzt eine Vertragsverlängerung auf 10 Jahre, nach 6 Jahren sitzen wir alle nicht mehr im Gemeinderat und dann wird es dem jetzigen Gemeinderat vorgeworfen. Das würde auch keiner von uns haben wollen.

Wenn sie so gut sind (sie sind es!), werden sie es wieder schaffen. In der Wirtschaft ist dies auch ganz normal, ich kenne es von unserer Firma. Nach fünf Jahren wird neu ausgeschrieben. Dieselben Firmen bewerben sich, der Beste gewinnt. Das wird auch nicht hinterfragt, es ist einfach so. Der Beste gewinnt und sie sind sehr gut. Keiner will die Betreiber schlecht reden. Vielleicht sollten wir diese negative Stimmung einer Neuausschreibung abschaffen, es kann auch viel Positives gesehen werden. Die Referentin machte sich sicher die Neuausschreibung nicht leicht, weil sie weiß, es stehen Menschen dahinter. Und keiner möchte die Menschen vor den Kopf stoßen. Die Kultur lebt auch mit Neuerscheinungen. Vielleicht sollte man im Kopf haben, dass eine Neuausschreibung positiv zu sehen ist.

GR. Rigotti: Aus den letzten Wortmeldungen hörte ich diese große Angst der Neuausschreibung heraus. In den vergangenen Jahren war ich mehrmals im MKH, gerade erst letzte Woche in einem Workshop „Jugend und Soziales“, ich machte einen Zeichenworkshop unter der Leitung von Dr. Günter Mayer, kenne also die Nebeneinrichtung, das Extrazimmer usw. Als Konsument bin ich mit dem MKH gut vertraut, kenne natürlich die Internetseite, verfolge das MKH via Instagram.

Diese große Angst vor einer Neuausschreibung verstehe ich darum nicht, weil das MKH einfach nichts zu verbergen hat. Das gesamte Team unter der Führung von Dr. Mayer leistet ausgezeichnete Arbeit, sie machen im Jahr über 100 Veranstaltungen (pandemiebedingt waren es in letzter Zeit nicht so viele), sie haben tolle Partner, supertolle Projekte für Jugendliche, wie „Arbeiten für Profis, mit Profis“. Das sind Personen, die beispielsweise im Filmbereich sehr erfahren sind und mit den Jugendlichen gemeinsam arbeiten. Das MKH leistet einfach super tolle, ausgezeichnete, außergewöhnliche Arbeit und ist ein ganz wichtiger Bestandteil der Stadt Wels. Das gesamte Team unter der Führung von Dr. Günter Mayer leistet seit 2003 hervorragende Arbeit und wird es auch in Zukunft tun. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass ein anderer Betreiberverein kommt und das MKH übernimmt. So einfach wird es nicht sein.

Trotzdem haben wir eben diese Neuausschreibung und es sollte niemand davor Angst haben, dass ein MKH mit dem gesamten Team, die seit Jahren von Dr. Mayer ausgebildet wurden, sich vor irgendwen anderen verstecken muss. Ich bin selbständig und werde nicht alle 10 Jahre überprüft. Seit vielen Jahren kenne ich Dr. Günter Mayer und habe ihn als Person, als Menschen zu schätzen gelernt und ich denke mir, das wird er schon schaffen.

Das MKH in Wels ist ein best practise-Beispiel. Wenn man beispielsweise bedenkt, vor Jahren kamen von Klosterneuburg Personen und schauten sich das MKH an - wie, was und an welchen Projekten arbeiten diese. Seit diesem Zeitpunkt sind sie intensiv in Kontakt. Im April d.J. wird nun ein solches Medienkulturhaus in Klosterneuburg eröffnet. Der Grundstein dafür war das MKH in Wels.

Der Bürgermeister von Stuttgart mit seinem Team kam in das Welser MKH und fragte wie sie arbeiten, wie das Ganze funktioniert. Auch in Stuttgart wird nun ein solches MKH erbaut und eröffnet werden. Das muss man sich einfach vorstellen. Stuttgart ist ja kleine Stadt. Das sind alles Leistungen von Dr. Günter Mayer, der im Jahr 2003 den Karikaturenpreis erhielt. Seine Karikaturen waren in den OÖNachrichten, in der Zeitschrift WIENER, im Standard usw. Letztes Jahr wurde ihm der „british book awards“ verliehen. Über 18 Verlage weltweit publizieren seine Bücher. Deswegen hat er seine Connections zu internationalen Künstlern, die er seit Jahren nach Wels bringt.

Sein Nachfolger soll Herr Boris Schuld werden, den ich letzte Woche zwar sah, aber mich nicht mit unterhalten konnte. Über diesen habe ich gegoogelt und fand heraus, dass er bereits seit zwei Jahrzehnten in der Jugendarbeit und Jugendförderung tätig ist, war früher Elektroniker, Musiker. U.a. hat er jetzt den Schwerpunkt Film und förderte bereits viele Talente.

Was ich immer höre, ob von hinten irgendwer ausgebremst wird, verstehe ich nicht. Alle 10 Jahren darf man wohl eine Ausschreibung machen und schauen was es noch auf dieser Welt gibt. Das gesamte Team des MKH braucht sich nicht fürchten, denn deren Leistungen sind sensationell.

GR. Huber, MPA: So viele Lobeshymnen, weshalb ich nicht verstehe warum wir neu ausschreiben. Auf die juristischen Ausflüsse möchte ich gar nicht eingehen. Wenn wir neu ausschreiben müssen, warum dürfen wir den Vertrag um 2 Jahre verlängern? Für die SPÖ-Fraktion bleibt einfach ein fahler Geschmack. Ein Schelm, der jetzt denkt, dass es vielleicht damit zusammenhängt, dass die Kultur im MKH doch nicht ganz der Freiheitlichen Partei entspricht? Es ist ein offenes Geheimnis, dass das MKH und der Alte Schlachthof nicht in erster Linie FPÖ-Klientel bedient. Aber wie gesagt – ein Schelm, der das denkt!

Man hätte den Bestandsvertrag einfach verlängern können, wenn man zufrieden ist. Vor einer Neuausschreibung eines etablierten Kulturhauses hätte man auch mit den bestehenden Betreibern diskutieren können, auch das Programm evaluieren können, wenn Bedarf besteht. Für uns ist und bleibt die Abänderung des Vertrages eine versteckte Kündigung. Ich bezweifle, dass wir über den Weg einer europaweiten Ausschreibung zu einem besseren Ergebnis kommen und für mich macht es überhaupt keinen Sinn eine gute Kultureinrichtung zu zerschlagen. Daher wird die SPÖ-Fraktion sicher dagegen stimmen.

GR. Ing. Stojanovic, BSc: Es wurde viel diskutiert und ich stelle mir die Frage, warum soll man sich gegen eine Neuausschreibung sträuben? Kultur lebt, Kultur ändert sich, Kultur soll wachsen und Menschen ansprechen. Warum weigert man sich nun gegen diese Evaluierung? Wer sagt, dass der derzeitige Betreiber nicht gewinnt? Es steht dem MKH offen sich bei der Ausschreibung zu beteiligen und einfach den Heimvorteil Wels zu nützen. Mit der guten Arbeit in der Vergangenheit können sie natürlich bei der Ausschreibung nur punkten und gewinnen.

Es ist ausgemacht, es gibt einen Lenkungsausschuss, der von allen Parteien bedient wird. In diesem sollen Personen aller politischer Vertreter mitlenken und mitentscheiden können, was mit dem MKH passiert. Es geht nicht um einen neuen Betreiber. Es geht einfach um neue Ideen, um die Einbindung der Jugend, um mehr Veranstaltungen durchzuführen und ein bunteres Programm zu gestalten.

Kein Vertrag beinhaltet den Anspruch auf Erhalt von Subventionen in dieser Höhe. GR. Hufnagl, MBA und GR. Huber, MPA stellten die Frage, warum wurde der Vertrag für zwei Jahre verlängert? Das hat einen ganz einfachen Grund: Die Kulturtreibenden erstellen die Programme immer ein Jahr voraus. Hätten wir jetzt die Kündigung durchgezogen, hätte das MKH mit Ende September die Kündigung am Tisch. Das wollten wir einfach nicht. Wir wollen das bereits bestehende Programm weiter durchziehen. Das war der Grund warum der Vertrag auf zwei Jahre verlängert wurde.

Zu Kollegen StR. Rammerstorfer: Nein, wir wollen in Wels die Kultur nicht vertreiben, wir wollen das Programm nur bunter gestalten. Wir wollen, dass die Jugend mehr miteingebunden wird. Nein, liebe Silvia, die Kultur ist nicht nur einsichtig, die Kultur ist bunt und soll nicht nur bestimmte Zielgruppen und Personen ansprechen, sondern alle.

GR. Wehofsich: Ich war drei oder vier Jahre meines Lebens Angestellter, die andere Zeit arbeitete ich auf selbständiger Basis und habe leider Gottes noch nie einen Vertrag über 10 Jahre mit irgendeiner Firma bekommen. Im Gegenteil, ich war im internationalen Bereich in der IT tätig und musste dort bereits nach einem Jahr eine Neuausschreibung über mich ergehen lassen.

Das Medienkulturhaus wird weiter bestehen, das ist überhaupt kein Thema. Sie machen gute Arbeit und das heißt nicht, wenn es jetzt neu ausgeschrieben wird, dass das MKH fallen wird.

GR. Mag. Drack: Der Punkt bei dieser Diskussion ist ja, dass der Betriebsverein MKH unzufrieden ist mit der aktuellen Entwicklung. Sonst hätte es keinen offenen Brief gegeben. Da sieht man, dass die Situation vielleicht besser vorbereitet hätte werden können. StR. Dr. Oberndorfer und manch anderer schilderten, wenn die rechtliche Situation defacto so ist, dass man den Vertrag verlängern muss auf zwei Jahre, damit das MKH den Betrieb nicht vollkommen einstellen muss und die Stadt rechtlich nicht aus kann, dann muss man das so nehmen wie es ist. Warum wurde diese Situation auf einmal so kurzfristig bekannt? Wenn der Magistrat „Hausjuristen“ hat, warum hat man nicht schon vor viel längerer Zeit diese Diskussion gestartet und vor allem ein Einvernehmen mit dem Betriebsverein hergestellt? Es wird oft von zukunftsorientierter Politik gesprochen und das Wort nachhaltig nehmen Parteien gerne in den Mund. Aber nachhaltig bedeutet, dass man die vorhandenen Ressourcen wertschätzt und pflegt. Gerade das MKH zeigte wie viel wertvolle Arbeit sie leisteten. Aufbauarbeit wurde gemacht, vor allem aber Verwurzelungen in der Stadt. Es gibt zahlreiche Generationen, die mittlerweile das MKH in Anspruch nahmen. Das sind Multiplikatoren, sie tragen dies nach außen, die Marke ist viel Wert und ich kann die Position der FPÖ und der MFG in keiner Weise teilen, dass man Werbung macht für eine Ausschreibung, dass eine Ausschreibung immer automatisch etwas Gutes ist. Eine Ausschreibung erzeugt Unsicherheit. Gerade beim Beispiel MKH ist enorm viel Verunsicherung in die Welt gesetzt worden. StR. Rammerstorfer erwähnte es bereits, es ist sogar ein Imageschaden entstanden deswegen, weil nach außen der Eindruck entsteht,

wenn man neu ausschreibt, dann kann ja wahrscheinlich etwas nicht gepasst haben im MKH.

In den Wortmeldungen vieler FPÖ-Gemeinderäte wurde das auch gesagt. Es soll anders werden, es soll besser werden, es soll bunter werden, die Jugend soll mehr eingebunden werden. D.h. es geht hier gleichzeitig auch um Kritik. Gleichzeitig hört man von der FPÖ es gibt keine Kritik. Das erinnert mich ein bisschen an die Geschichte mit dem FreiRaum, der bereits öfters heute schon erwähnt wurde. Mein Appell geht in die Richtung, dass man das MKH als wesentlichen Partner in der Stadt Wels wertschätzt und es durch einen 10-Jahres-Vertrag wieder ermöglicht, damit die Planungssicherheit dieser wertvollen Arbeit und der gesellschaftliche Mehrwert genutzt werden können.

GR. Mag. Hammerl: Wenn ich kurz erinnern darf an die Angelobung: Wir sind auf die Einhaltung der Gesetze der Republik Österreich vereidigt und das war auch das Ziel. Es gibt eine rechtliche Grundlage und unsere Mitarbeiter des Hauses, die Juristen der Stadt, machen es sich natürlich auch nicht leicht. Sie sehen sich die Unterlagen sehr genau durch und wenn sie zu dem Schluss kommen es ist eine Ausschreibung notwendig, dann ist sie auch notwendig. Ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiter des Magistrates und insbesondere an die Mitarbeiter des juristischen Dienstes, die sich in sehr langen und intensiven Gesprächen untereinander immer wieder austauschen und Sachen hinterfragen, ob eine Evaluierung wirklich notwendig ist. Wenn die Mitarbeiter mit ihrer ausgezeichneten Expertise zu dem Schluss kommen, dass es notwendig ist, dann liegt es an uns Gemeinderäte dies zu akzeptieren.

Liebe Silvia, wenn du sagst du verstehst es nicht, bitte am Ende des Saales sitzt die Qualifikation in Person, er steht dir sicher sehr gerne mit jedem rechtlichen Rat zur Seite. Er wird alles daran setzen, damit du es verstehst.

Liebe Laurien, ich verstehe es ehrlich gesagt nicht ganz, es ist ehrlich gesagt etwas unredlich die Mitarbeiter in das Boot zu nehmen und zu meinen auf 10 Jahre ausgeschrieben ist keine Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern. Du hast zwei Dinge miteinander vertauscht und in Kombination gebracht, für die es überhaupt keinen Grund gibt. Die Mitarbeiter des Medienkulturhauses leisten ausgezeichnete Arbeit und dafür danken wir ihnen auch. Aber wir wissen auch Konkurrenz belebt das Geschäft – ein Spruch der wirklich oft zutrifft. Nach 10 Jahren muss ich mir natürlich die Themen neu anschauen und nach 10 Jahren gehört dies evaluiert. Wer sagt denn, dass das Medienkulturhaus nicht wieder einen Zuschlag bekommt. Sie kennen die Lage und das Haus seit 10 Jahren, sie wissen wie Wels auch im Kulturbereich tickt und sie haben einen riesigen Startvorteil, welchen sie ausgezeichnet in ihr Konzept hineinfließen lassen können, was sie für eine Expertise brauchen. Wir hörten heute schon von Dr. Günter Mayer, der nicht nur überregional, sondern international anerkannt ist.

Die Analogie von Herrn StR. Rammerstorfer verstehe ich nicht ganz. Ja, wir haben einen Arbeitskräftemangel, aber was das Medienkulturhaus dazu beitragen kann ist mir jetzt nicht ganz klar bzw. wenn sie was dazu beitragen können, weiß ich jetzt nicht, was sie die letzten 10 Jahren getan haben. Ich glaube die Argumente gehen völlig in die falsche Richtung.

Weil Kollege Mag. Drack den Imageschaden ansprach: Ich bezweifle, dass ein Imageschaden vorliegt, weil außer in unserer Community, in unserer politischen Blase haben sich die Welser mit dem Thema Vertragsverlängerung nicht beschäftigt. Wenn jetzt

ein Imageschaden hochstilisiert wird, dann nur aus dieser Herangehensweise, weil man es zu einem Imageschaden bringen möchte, aber vorhanden ist keiner! Ich würde daran appellieren und ersuchen Sachen nicht hochzustilisieren wo sie nicht hingehören.

Jeder von uns, der an öffentliche Gelder partizipiert, muss natürlich nicht nur Rechenschaft dafür abliefern was er mit diesem Geld getan hat, sondern muss auch in Zukunft ein ausgezeichnetes Konzept vorlegen, wenn er wieder Geld in Anspruch nehmen möchte.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal meinen Dank aussprechen für die letzten Jahre für das Kulturleben in Wels und bin sehr gespannt dann in zwei Jahren, wenn eine Ausschreibung stattfindet, werden wir tatsächlich den Kampf um die besten Argumente und die besten Konzepte erleben. Ich bin mir sicher, dass Wels und die Kulturszene in Wels davon nur profitieren kann.

GR. Mag. Stöger Müller: Ich bin keine Juristin, bezweifle aber, dass es keine anderen rechtlichen Möglichkeiten gibt. Im Ausschuss bekamen wir die Information, dass eine Vertragsverlängerung ohne Ausschreibung gar nicht geprüft wurde. GR. Hufnagl, MBA sprach es bereits an, wir verlängern jetzt zwei Jahre ohne Ausschreibung – das geht offensichtlich auch. Meines Wissens nach wäre ein normaler Förder- und Subventionsvertrag auch nicht ausschreibungspflichtig. Was will ich damit sagen? – Diese Ausschreibung des MKH ist keine rechtliche Notwendigkeit. Das ist eine politische Entscheidung. Diese muss jeder einzelne hier für sich treffen. Dass die Arbeit durch eine Ausschreibung automatisch besser wird, bezweifle ich auch sehr stark. Das sieht man sehr gut am Beispiel der Ausschreibung der Frauenhäuser in Salzburg.

GR. Hufnagl, MBA: Kollegin Ing. Stojanovic, sie haben mir eine Frage beantwortet, die ich gar nicht gestellt habe, nämlich warum der Vertrag für zwei Jahre verlängert wird. Ich stellte die Frage, warum kann man das jetzt zwei Jahre verlängern und muss erst dann ausgeschrieben werden? Warum kann man nicht gleich ausschreiben? Das habe ich bis jetzt noch nicht verstanden. Wenn es denn so klar ist, wenn es so logisch ist, dann soll mir das jetzt bitte einer sagen. Jetzt diskutieren wir darüber, jetzt hätte ich es doch gerne gewusst. Die Logik, dass man den Vertrag jetzt zwei Jahre verlängert, damit im Herbst nicht Schluss ist, das ist keine Logik, das würde implizieren, wenn wir in zwei Jahren aufhören, dann auch eine Lücke zu haben. Also sie werden genauso Vorbereitungen treffen, dass man auf einen neuen Betreiber warten muss und dieser fängt erst an Veranstaltungen zu planen. Es muss doch ein nahtloser Übergang sein. Das kann es doch nicht sein. Wie gesagt, wenn ein Jahr mindestens die Veranstaltungen im Voraus geplant werden muss, wäre jetzt auch keine Lücke entstanden. Die Logik passt für mich nicht ganz.

StR. Schäfer, BSc MSc: Zu Beginn möchte ich erläutern warum dieses Vorgehen gewählt wurde. Ganz einfach: Schaut man sich die Subventionshöhe an, die das MKH erhält, dann ist der Output für Wels - ich sage bewusst Wels, denn international ist das Youki durchaus sehr anerkannt - einfach überschaubar. Trotz der guten Qualität im Medienkulturhaus, im Medienbereich gibt es nach unserer Sicht noch einen Spielraum nach oben.

Angesprochen wurde die Unsicherheit in der Planung und beim Personal: Die Vorgehensweise – Verlängerung für zwei Jahre - ist genau aus diesen Gründen gewählt worden, nämlich dass es hier eine Planungssicherheit gibt für künftige Veranstaltungen, dass es eben kein Loch gibt in dem nichts los ist und weiters auch weil Herr Dr. Mayer in

Kürze in Pension gehen wird. Das waren die Gründe für diese Vorgehensweise. Danach wird eine Ausschreibung für 10 Jahre durchgeführt.

Zu den Vorwürfen des Kollegen Rammerstorfer in punkto Parteipolitik: Diese Vorwürfe muss ich aufs Schärfste zurückweisen. Es wurde besprochen, dass in weiterer Folge eine Ausschreibung gemeinsam mit allen Fraktionen definiert wird, deshalb muss ich diesen Vorwurf ganz klar zurückweisen.

Weil auch angesprochen wurde, dass mit einer Ausschreibung nicht automatisch die Qualität besser wird: Das mag durchaus sein, von allein wird die Qualität bestimmt nicht besser. Darum liegt es auch an dem Gremium, das die Ausschreibung definiert, unsere Vorgaben so zu setzen, damit die Qualität dann am Ende des Tages genauso ist, wie wir uns das vorstellen.

Zum angesprochenen Imageschaden: Ich bin in der Kultur nicht sehr verwurzelt, ich schwimme auch nicht in dieser MKH-Blase herum, aber ich hörte mich sehr wohl auch um und kann diese Behauptung überhaupt nicht nachvollziehen. Also außerhalb des Vereines Medienkulturhaus gibt es tatsächlich keine Unsicherheit, keinen Imageschaden und ich glaube auch nicht, dass der Inder oder das Programmkino irgendwie eine Unsicherheit verspüren. Wir sollten hier schon bei den Tatsachen bleiben und die Tatsachen sind, dass in Anbetracht der Subventionshöhe der Output für Wels betreffend des Vereines MKH durchaus Spielraum nach oben hat.

GR. Scheinecker, BA: Schön langsam kommen wir zum Kern der Geschichte. Ursprünglich hieß es die Abänderung des Vertrages ergibt sich ausschließlich aus juristischen Gründen. Es ist nämlich unbedingt notwendig. Anscheinend waren vor 10 Jahren unsere Hausjuristen nicht in der Lage ordentliche Verträge aufzusetzen. Ich bezweifle auch das! Die Kompetenz der Hausjuristen war vor 10 Jahren auch nicht so schlecht – wahrscheinlich handelt es sich sogar um dieselben Personen.

Wir hörten jetzt einige Wortmeldungen, es gibt sehr wohl Kritik am Medienkulturhaus. Ich hörte unterschiedliche Argumentationen, wie die juristische Notwendigkeit, es ist wichtig zu prüfen aufgrund der eingesetzten finanziellen Mittel, die Konkurrenz belebt das Geschäft, die Evaluierung ist eine Chance und eine Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern. Juristisch notwendig wirkt irgendwie nicht ganz so nach ein paar Diskussionsbeiträgen. Die Wertschätzung des MKH findet ja sowieso statt aufgrund der ausgezeichneten Arbeit, das ergibt sich aus den Wortmeldungen. Es bleibt nur mehr warum es wichtig ist unsere Ausgaben zu evaluieren. Es ist total wichtig uns zu überlegen, wofür wir das Steuergeld der Welser verwenden und wo wir unsere finanziellen Mittel einsetzen. Was mir aber nicht ganz klar erscheint ist, warum wir das in den letzten 10 Jahren nicht machten und uns überlegen konnten, wo wir uns verändern hätten können. Da setzt das Argument der Wertschätzung für mich ein. Wertschätzung heißt Dialog. Das MKH bekam die Kritikpunkte nicht übermittelt, was denn gewünscht wäre. Das erreichte nie den öffentlichen Raum. Hätte man gesagt was wichtig wäre, hätte sich die Politik für etwas entschieden, hätte man wahrscheinlich auch andere Lösungen finden können, außer jetzt das MKH unter Druck zu setzen und den Vertrag zeitverzögert zu kündigen und mit einer Neuausschreibung aufzutauchen.

Kollege Mag. Hammerl, das mit den Mitarbeitern war nicht bezogen auf die Kollegen des Hauses und des MKHs. Wenn ich Arbeitnehmer habe, die gute Arbeit leisten, dann werde

ich diesen nicht kündigen und sagen wir schreiben neu aus, vielleicht finden wir bessere. Sondern rede mit den Mitarbeitern, sage ihnen was meine Ziele sind, was ich gern hätte, aber ich kündige ihnen nicht und sage ihr könnt euch neu bewerben.

Eine letzte wesentliche Geschichte, eine persönliche große Befürchtung meinerseits: Die letzten zwei Jahre habe ich viel Zeit für die Stadt im Bereich Kulturpolitik investiert und erinnere alle Teilnehmer an die Kulturentwicklungsplanerstellung, an die Kulturleitbildererstellung. Das Ergebnis war ein politischer Minimalkonsens, dass wir uns als politische Vertreter alle einbringen können in die Ausschreibung des neuen Medienkulturhauses. Ehrlicherweise waren wir die großen Koryphäen bei der Erstellung des Kulturleitbildes auch nicht. Herausgekommen ist der Minimalkonsens, das, worauf sich wir mit unseren unterschiedlichen Anschauungen haben einigen können. Ehrlicherweise sind wir kulturpolitisch ein wenig durch den Kakao gezogen worden, wo wir uns mit unseren unterschiedlichen Weltanschauungen in Wirklichkeit einigen haben können. Es wurde viel herausgekürzt, was vielleicht kulturpolitisch ein Weitblick hätte sein können.

Bgm. Dr. Rabl: Vorerst danke für diese engagierte, zum Teil durchaus emotional geführte Debatte. Es liegt mir aber schon daran ein paar klärende und vor allem aufklärende Worte zu sprechen.

Zuerst möchte ich mich an dieser Stelle bei einem Mitarbeiter bedanken. Nämlich bei Dr. Günter Mayer, Leiter des Medienkulturhauses und wesentlicher Initiator dieses Vereines. Bei allen Unterschiedlichkeiten, die ich mit Herrn Dr. Mayer habe, kann ich trotzdem sagen, ich schätze ihn als Künstler, ich schätze ihn als kreativen Kopf, ich schätze ihn als Netzwerker in seiner Szene und in der Folge schätze ich ihn vor allem als Mitarbeiter. Er macht einen tollen Job.

Das Problem rund um Dr. Mayer ist ganz einfach – er geht leider in zwei Jahren in Pension. Das ist der Ausgangspunkt für sehr vieles. Wir schlossen im Jahr 2012 diesen Vertrag ab mit dem MKH auf 10 Jahre. Das MKH – das kann man ohnehin dem Rechnungsabschluss entnehmen – bekommt ungefähr eine Subvention von 400.000 Euro. Jetzt kann man natürlich der Meinung sein das MKH macht alles richtig, damit meine ich nicht das Haus selbst sondern die Institution. Aber wenn man sich in der Welser Bevölkerung umhört muss man feststellen, dass trotz der qualitativ hochwertigen Arbeit das MKH in seiner Tätigkeit noch nicht bei der Jugend als Jugendkulturhaus und noch nicht bei der Bevölkerung als Kulturinstitution angekommen ist. Und zwar nicht in der Breite, wie ich es mir wünschen würde bei jemanden, der eine Subvention bekommt in der Höhe von 400.000 bis 500.000 Euro. Trotz seiner Tätigkeit bereits seit mehreren Jahrzehnten. Ich sage daher was ganz Einfaches: Das MKH macht schon was Gutes und es wäre doch ein Fehler, wenn wir als Stadt Wels, da gebe ich dem Kollegen Rammerstorfer recht, eine derartige Institution runtertun oder irgendwie drauftreten und sagen es ist ein schlechtes Projekt. Aber es gibt dann immer noch etwas Besseres. Der Feind des Guten ist halt das Bessere und das was uns vorschwebt ist ein Wettbewerb der Ideen. Es soll die beste Idee gewinnen, wenn ich europaweit ausschreibe. Es ist ja trotzdem ein Dank an die große kulturelle Vielfalt nicht nur hier in Österreich, sondern insgesamt. Ich muss doch auch zulassen, dass jemand sich denkt eigentlich eine coole Sache, ich habe eine gute Idee, dass dieses Gremium, nämlich dieser Gemeinderat dann verantwortungsvoll für die Bevölkerung sagt, ja! Diese Idee war wirklich gut, das wird ein Leuchtturm für diese Stadt.

Das ist unser Interesse, immerhin agieren wir hier mit Steuergeld, mit unserem aller Geld! Das sollten wir doch bestmöglich einsetzen im Sinne der Bevölkerung. Es hat kein Verein eine Erbpacht auf einen Vertrag, so wie das vorhin gesagt wurde, man hätte zugesagt vor 10 Jahren, dass es dann automatisch wie bisher weitergeht. Da stelle ich mir die Frage, aha sind wir im Gemeinderat nicht vollständig informiert worden, wenn der Vertrag eh auf 20 Jahre gehen soll? Nein, es waren 10 Jahre, 10 gute Jahre. Vielleicht gibt es weitere gute 10 Jahre mit dem gleichen Verein, vielleicht aber auch mit einem anderen. Das ist das Ziel jedes Ausschreibungsprozesses und ich verstehe daher nicht, wenn dieser Verein so tolle Arbeit leistet – das wird er in diesem Bereich auch machen mit Schwächen, die er da und dort halt hat bei der Akzeptanz in der Bevölkerung –, warum er dann Angst hat sich neu zu bewerben.

Wenn er wirklich die besten Ideen hat, dann soll er sie auf den Tisch legen. Dann werden sie geprüft, dann muss er sich auch in Konkurrenz begeben zu vielen anderen Ideen. Ich weiß das MKH hat den Schwerpunkt Medienarbeit im Jugendbereich. Aber wer sagt uns, dass dort nicht ein zweites Reinhardseminar in Schauspiel entsteht oder irgendetwas mit Malerei oder eine Musicalwerkstatt, wo Jugendliche singen, tanzen und schauspielern insgesamt? Ich kann es nicht sagen, aber ich weigere mich jetzt schon, bevor wir überhaupt ausgeschrieben haben, bevor wir überhaupt Bedingungen festgelegt haben, zu sagen wir machen so weiter wie bisher. Wenn wir das insgesamt überall machen, würde es ja überhaupt nie einen Veränderungsprozess geben. Es tut auch dem MKH als Verein nicht schlecht einmal zu sagen hinterfragen wir uns selber kritisch. Was können wir besser machen? Warum ist es uns nicht gelungen so in der Welser Bevölkerung anzukommen wie wir das vielleicht haben wollten?

Es geht also nicht um die Zerstörung irgendwelcher Kulturinstitutionen, ganz im Gegenteil! Es geht darum zu sagen - ich spreche hier von diesem Gremium, von Vertretern aller Parteien - wir alle wollen ein Prozedere festlegen und festhalten was wir überhaupt wollen. Wenn wir wissen was wir wollen, na dann schreiben wir es aus. Dann werden wir sehen wer sich überhaupt bewirbt. Ich hoffe doch inständig, dass sich auch der Verein MKH wieder bewirbt, vielleicht mit einem neuen Konzept, vielleicht mit einem leicht veränderten Konzept, ich kann es nicht sagen. Aber ich kann ihnen schon zusagen, es geht hier nicht um einen Einsparungsprozess, nicht darum zu sagen wir wollen in der Kultur weniger ausgeben. Wenn das Konzept super ist und es kostet 100.000 Euro mehr, dann soll es 100.000 Euro mehr kosten, wenn es diese Leuchtkraft über Wels hinaus hat. Wunderbar! Das würde ich mir wünschen. Also das Sparen ist eigentlich nicht das Thema. Es geht darum mit wem die Stadt Wels zukünftig zusammenarbeitet. Wer sind die Persönlichkeiten, die federführend bei diesem Projekt dabei sind. Dr. Mayer ist es offensichtlich nicht mehr, denn er geht in Pension. Aber wer ist es dann? Wir haben schon als Stadt ein wesentliches Interesse daran eine Persönlichkeit an der Spitze zu sehen, die uns verlässlich erscheint und wo wir sagen können wir halten ihn für einen Partner, mit dem man 10 Jahre zusammenarbeiten kann. Immerhin erhält dieser Minimum 4 Mio. Euro von der Stadt. Das ist nicht wenig. Darum geht es mir.

Wer jetzt fragt, wie Kollege Hufnagl es tat, warum filetieren wir das Ganze? Das ist aus meiner Sicht ganz einfach. Wir haben in diesem MKH mehrere Institutionen, manche sind bei der Bevölkerung angekommen. Wenn ich an das Programm kino denke, wo wir regelmäßig viele Besucher haben, so sage ich diese Institution funktioniert wunderbar. Das Kaiserpanorama ist ein historisches Zeugnis unserer Stadt wie etwas gewesen ist. Einer der wenigen, die wir noch haben. Ich brauche keinen Personaleinsatz, dort wo es steht,

steht es aus meiner Sicht gut. Wir sollten es erhalten, es ist auch eine Verpflichtung für die Zukunft.

Die Gastronomie – ein Bereich, der schwierig genug war. Ich weiß, wir haben lange gesucht, Monate, Jahre, einen Betreiber für diese Gastronomie zu finden. Johnny Reindl-Schwaighofer weiß es, mit dem habe ich es verhandelt. Gott sei Dank haben wir wen. Ein Dank an diesen Betreiber, ich wünsche ihm viel Glück, alles Gute, eine gute Qualität und möglichst viele Gäste. Warum sollen wir das in irgendeiner Weise verändern? Das ist ja nicht notwendig. Ich halte es auch für richtig dort weiterhin die Ausstellungen zu machen für die Stadt Wels. Die Galerie der Stadt Wels sollte weiterhin dort situiert sein, weil sich die Räumlichkeiten einfach anbieten. Da bleibt aber noch viel übrig. Ganz viel Raum, ganz viel Geld. Bitte nützen wir doch die Chance, die wir jetzt bekommen. Nützen wir die Chance dieses zwei Jahre-Vertrages, den wir abschließen wollen. Das hat nur den Sinn für einen nahtlosen und reibungslosen Übergang vom Jetzt zur Zukunft. Weil eben diese Vorbereitungszeit so lange dauert.

Bei einer Sache bin ich noch bei StR. Rammerstorfer. Aus meiner Sicht, egal ob der alte oder neue Verein, hat dort die Parteipolitik überhaupt nichts verloren. Es war früher so. Ich selbst bin einmal im Kuratorium des MKH gesessen. Es waren dort alle möglichen Parteien vertreten. Wir trafen uns einmal im Jahr und es wurde berichtet was passierte. Sehr interessant, dann sind wir wieder gegangen. Aus meiner Sicht nicht wirklich ein zielführendes Gremium, weil es auch keine Möglichkeit gab etwas zu beeinflussen. Es war eine reine Berichterstattung. Irgendwann einmal haben wir es aufgegeben und sagten nein, das brauchen wir eigentlich gar nicht. Im Schlachthof gibt es einen Betriebsverein, in dem zum Teil Vertreter der Stadt Wels enthalten sind. Eine Konstruktion, die wir vor 20 oder 30 Jahren gewählt haben. Nicht unter einem FPÖ-Bürgermeister, sondern wesentlich davor, unter einem SPÖ-Bürgermeister. Man muss sich da schon noch in Erinnerung rufen wer das machte und wie ist es. Ich brauche das auch für den Schlachthof nicht, das muss nicht sein. Lasst die Leute machen, ich will nur vorher ganz genau festlegen, was die Erwartungshaltung der Stadt ist. Was ist die Leistungsverpflichtung des Vereines, immerhin bekommt dieser auch Geld dafür das er es macht. Das muss definiert sein.

Aber wenn das klar definiert ist, mit klaren Regeln was, von wem etwas gemacht werden und wer das bezahlen soll, wenn wir das geregelt haben ist der Verein frei in seinem Tun. Lassen wir der Kultur diesen Freiraum sich tatsächlich zu entwickeln. Johnny sagte die Kultur braucht einen Freiraum. Ja! Den braucht die Kultur tatsächlich, aber nicht ein Verein. Ich kann doch nicht sagen nur einem einzigen Verein steht das zu. Nein, das steht uns allen zu. Jedem, der Kultur macht steht es zu, diesen Freiraum zu nützen. Wenn wir daher einen haben, der das besser kann als der, der das jetzt macht, dann soll dieser es machen. Wenn es der gleiche Verein ist, dann soll dieser das weitermachen. Es spricht ja überhaupt nichts dagegen. Aber sich in der Phase, in der wir uns jetzt befinden, bevor es überhaupt eine Ausschreibung gibt, bevor es überhaupt eine Jury gibt, in der wir ohnehin gemeinsam sind, jetzt schon zu sagen es ist alles schlecht, alles eine Katastrophe und wir wollen alles kaputt machen, das ist mir zu früh. Aus meiner Sicht auch nicht gerechtfertigt.

Warten wir doch einmal ab was diese Ausschreibung bringt. Warten wir doch einmal ab was in den Ausschreibungsbedingungen drinnen steht, bevor wir jetzt schon sagen es ist alles kaputt. Deswegen ersuche ich in diesem Sinne zu entscheiden, unabhängig der rechtlichen Frage müssen wir vergeben, müssen wir nicht vergeben. Aus meiner Sicht ist das nicht ganz so eindeutig. Aber unabhängig von dieser Frage jetzt einfach zu sagen

lassen wir doch diesen Wettbewerb der Ideen zu und beschränken wir uns nicht vorher schon indem wir sagen nur ein Verein darf es. Ich glaube wir alle dürfen es und jeder sollte sich bewerben dürfen.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: In der Diskussion gibt es unbeantwortete Fragen. Z.B. wieso ist eine Verlängerung um zwei Jahre möglich und eine Verlängerung auf zehn Jahre nicht? Das hat mir kein Jurist beantworten können. Ich sage, wenn es zwei Jahre geht, könnten wir auch den alten Vertrag weiterlaufen lassen und das will man nicht.

Ich weiß nicht wie ich die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters über seine andere Sichtweise deuten soll und er auf einer ähnlichen Ebene die Problemlage sieht. Wenn ich in einen Vertrag die Option auf Verlängerung um 10 Jahre hineinschreibe, dann habe ich mir dabei etwas gedacht. Dann ist es doch ganz klar, dass ich auf der einen Seite eine Reißleine nehme falls es nicht funktioniert und ich nicht einen Grund für eine Kündigung habe. Sonst sind diese 10 Jahre eine Option, die meiner Ansicht nach ein Versprechen sind.

Das Lob über das MKH freut mich sehr, weil ich der Meinung bin sie arbeiten zeitgemäß mit Jugendlichen. Dazusagen sollte man noch, dass die Kollegen des MKH auch in der Lage sind Drittmittel aufzutreiben, d.h. sie haben Sonderprojekte, die sie für das Ministerium machen, sie haben von Sponsoren finanzierte Projekte usw. Man sieht, sie sind in der Lage über die inhaltliche Arbeit hinaus Geld aufzutreiben.

Es ist ein Glücksfall eine Leitung in Person von Dr. Günter Mayer zu haben. Dr. Mayer hat sich auch in diesem Haus weiterentwickelt. Mit seinen Büchern erweiterte er sein Kompetenz Karikaturen für Zeitungen zu zeichnen. Die Entwicklung des Hauses ist mit ihm und mit vielen Menschen verbunden. Man darf auch nicht vergessen das MKH ist nicht nur Produkt der Menschen und des Vereines, die dort angestellt sind, sondern ist Produkt der Arbeit sehr vieler Menschen, die als Freiwillige mitarbeiten und die kulturelle Ausprägung dieses Hauses weiterentwickeln.

Für mich steht nun im Raum ein Versprechen - nämlich die gemeinsame Entwicklung der Ausschreibung. Es wurde von GR. Scheinecker, BA kurz angesprochen. Wenn es so ist, dass pro Partei ein Vertreter nominiert wird und sozusagen die Mehrheiten dieser Runde gelten, dann sage ich o.k., wir haben eine Chance. Wenn es aber so ist wie wir es in der letzten Periode erlebt haben, dass dort immer gegolten hat die Mehrheit der Ausschüsse, dann sage ich viel Vergnügen. Dann am Ende wird nur herauskommen was der Herr Bürgermeister und die Kulturreferentin haben möchten. Das erlebt haben wir in den letzten Jahren. Ich hoffe es ist mitvereinbart, dass diese Runde entscheiden wird und nicht die Mehrheit des Ausschusses. Das sind für mich ganz entscheidende Fragen in der Umsetzung des Ganzen. Was beeinflussen kann ich nicht, wenn ich am Ende immer weiß die FPÖ hat die Mehrheit im Kulturausschuss. Wenn du sagst du gibst das Versprechen, dann ist das eine Chance sozusagen hier etwas weiterzubringen.

Die Aussage mehr finanzielle Mittel bereitzustellen freut mich sehr. In der Vergangenheit haben wir leider die Kürzungen verwalten müssen. Im Jahr 2016 schlugen 10 % Kürzungen durch, die teilweise nur durch Verknappung des Personals und mit Herausnahme von Veranstaltungen kompensiert werden konnten. Man muss die Praxis mitberücksichtigen. Das sind meine Erfahrungen, die ich in den paar Jahren machen konnte, wie solche Dinge real gehandelt werden, die vorher sehr breit versprochen wurden. Ich glaube noch immer,

dass es eine Möglichkeit wäre es heute nicht zu beschließen, dann läuft der Vertrag 10 Jahre weiter. Also kein Problem.

StR. Dr. Oberndorfer: Eine kurze Replik, nachdem ich mehr oder weniger direkt angesprochen wurde vom Kollegen Reindl-Schwaighofer. Herr Bürgermeister, was haben wir heute besprochen? Nur damit ich nichts Falsches sage und richtig verstehe, was wir hier politisch vereinbart haben.

Wir sagten es soll – das waren meine Worte – hier nicht nach D'Hondt gehen, denn wenn es nach D'Hondt geht haben wir schon wieder die übliche Besetzung und der Großteil ist hier ohnehin nicht wieder vertreten. Du meinstest jede Partei soll vertreten sein – so habe ich dich verstanden. Das ist aus meiner Sicht das Commitment: Jede Partei ist vertreten und wenn jede Partei vertreten ist, dann auch mit einer Stimme. Wenn du das anders siehst, würde ich dich um Klarstellung ersuchen. Aber das wäre mein Verständnis und das ist für mich auch die Grundlage für eine Zustimmung.

Wir wollen hier einen breiten Konsens erzielen und wir wollen, dass diese Ausschreibung frei von etwaigen Verdachtsmomenten der politischen Steuerung ist. Ganz ehrlich, diese heutige Diskussion hat mir nicht gefallen. Ich bereue es schon fast mich am Anfang gemeldet zu haben. Wissen sie warum? Die Ausführungen von Kollegen Schäfer, BSc MSc gingen in eine ganz andere Richtung als mit uns kommuniziert. Sagt der Bürgermeister jetzt, dass er es rechtlich nicht ganz so eng sieht, so frage ich mich wer das eigentlich prüfte.

Als Rechtsanwalt kann ich mir sehr wohl Dinge ansehen, aber ich bin auch kein Vergaberechtsexperte und muss mich auf die Rückmeldungen des Magistrats verlassen. Wenn es heißt „wir müssen ausschreiben“, dann glaube ich das. Es klingt für mich plausibel und da bin ich nicht der einzige Jurist, der das so sieht. Ich habe nicht alle Details geprüft, alle Verträge angesehen, um im Sinne einer anwaltlichen Stellungnahme das heute präsentieren zu können, denn ich vertraue hier auf die Juristen des Magistrats.

Offenbar ist die uns gegebene Informationsgrundlage, welche die Basis für die Entscheidung bildet, nicht mehr ganz so sicher. Hier ersuche ich allerdings noch um Klarstellung. Unsere Fraktion steht natürlich dazu unter bestimmten Bedingungen zuzustimmen. Es muss gewährleistet sein auf breiter Basis die Neuausschreibung zu beschließen. Das heißt, es müssen alle Parteien vertreten und keine Stimmenmehrheit der FPÖ gegeben sein, sondern es muss paritätisch besetzt sein. Außerdem darf es nicht - wie vom Herrn Bürgermeister bestätigt – zu einer finanziellen Kürzung kommen. Das Kulturangebot darf nicht verringert werden. Falls doch sollte es zu einer Erhöhung kommen. 50.000, 100.000 Euro mehr, wenn entsprechend gute Angebote kommen.

Wird so vorgegangen, dann kann dem ganzen Prozess tatsächlich etwas Positives abgewonnen werden. Das aber nur dann, wenn diese rechtliche Ausgangslage tatsächlich so ist, wie im Ausschuss und zur Vorbereitung für diese Sitzung geschildert. Wenn das nicht so ist, müssen wir das alles noch einmal überdenken.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Martin, zwei Darstellungen zu unserem heutigen Gespräch. Ich bin der absoluten Meinung, dass wir diese Ausschreibungsvoraussetzungen unter Beiziehung aller Parteien erarbeiten sollten. Ich habe nichts dagegen einzuwenden, dass jede Partei einen Vertreter schickt. Das ist für mich sehr unproblematisch, das kann ich ohne D'Hondt-

Verfahren, denn es bringt sowieso nichts, wenn von einer Partei drei Leute dort sitzen, weil diese haben nichts anderes zu sagen, als der, der das Wort tatsächlich führt.

Zu guter Letzt ist die Ausschreibungsgrundlage im Gemeinderat zu beschließen. Das heißt, es muss sich in diesem Gremium eine Mehrheit für diese Ausschreibung finden. Ich gehe davon aus nach einer Diskussion eine breite Mehrheit dafür zu finden. Ob dann alle Parteien zustimmen, kann ich nicht sagen. Zu guter Letzt ist das ein Prozess, der gewisse Kompromisse verlangt, weil nicht jeder alles durchsetzen wird von dem was er gerne möchte. Es wird ein breiter Prozess mit einer breiten Mehrheit in diesem Gremium werden, wenn vorher die entsprechenden Gespräche geführt werden.

Ich warne davor thematisch im Rahmen dieses Ausschreibungsprozess schon Einschränkungen zu machen. Wollen wir einen kreativen Prozess, so müssen wir diesen möglichst weit gestalten. Das werde ich noch im Rahmen des Parteiengremiums erörtern. Ich sagte von Anfang an schon, dass es ein breiter Prozess werden soll, der das Ganze abwickeln soll. Wenn es nach meiner Fraktion geht – und wir haben nicht die Mehrheit – wird mit der Beauftragung eines neuen Betreibers keine Budgetkürzung verbunden.

Kommt jemand, der das beste Konzept überhaupt hat und kann es um 200.000 Euro – die Hälfte – machen, dann sage ich natürlich nicht nein. Ich bin doch nicht der Feind des eigenen Geldes. Ich glaube es zwar nicht, weil Kultur- und Bildungsarbeit meist in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln steht. Das kann ich zusagen und das habe ich StR. Dr. Oberndorfer in unserem Gespräch zugesagt. Dazu bekenne ich mich, aber unendlich nach oben können wir auch nicht gehen. Das neue Medienkulturhaus wird sich in dem schon gehabtten Rahmen bewegen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Herzlichen Dank für diese rege Diskussion! Ich spare mir jetzt auf viele Dinge einzugehen, weil sie ohnehin diskutiert wurden und jeder seinen Standpunkt klargemacht hat. Ich lade alle Parteien noch einmal ein im Lenkungsausschuss mitzuwirken.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

	<u>24 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG + GR. Faber)
gegen	<u>11 Nein-Stimmen</u> (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion ohne GR. Faber + GR. Mag. Drack)
und	<u>1 Stimmenthaltung</u> (GR. Mag. Drack)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

8.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien der Altstadt- und Wirtschaftsförderung Wels (AWF 2018) abgeändert werden (1. Novelle zu den Richtlinien der Altstadt- und Wirtschaftsförderung 2018)
FD-WF-3100-2022 miterledigt:
BauD-SVP-78-2017

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Wirtschaftsausschuss und im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 17.02.2022:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende 1. Novelle zu den Richtlinien der Altstadt- und Wirtschaftsförderung Wels 2018 (1. Novelle zu den Richtlinien der AWF 2018) beschließen.

GR. KR. Schönberger: Ich bin sehr dankbar über diese Evaluierung betreffend Antragsfristen, denn es war wirklich notwendig. Nichtsdestotrotz sollte man sich einige Dinge bei der Aufteilung dieser Förderungen noch genauer ansehen. Die Altstadtförderung wird gerade im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss behandelt – soll so sein. Wenn man sich jetzt die Kernzone 1 ansieht, verstehe ich nicht, warum man nicht eine radiale Erweiterung gemacht hat, gerade nach Osten, wo wir gerade die Blum-Gründe erschließen, um auch nicht dort eine Attraktivierung Blum-/Linzerstraße stattfinden zu lassen. Es wäre eine gute Geschichte gewesen die Kernzone zumindest um diesen Straßenzug Richtung Osten zu erweitern.

Bei den Förderungen geht nach wie vor immer noch die Förderung für sich in Wels ansiedelnden Ärzte ab. Diese waren früher im Wirtschaftsausschuss bei den Wirtschaftsförderungen enthalten. Wenn das schon auseinandergenommen wird, dann sollten zumindest Förderrichtlinien über eine Förderung zur ärztlichen Grundversorgung in Wels erarbeitet werden und im entsprechenden Ausschuss (Gesundheitsausschuss) angesiedelt sein. Ich denke, wir sollten das nicht weiter unter der Wirtschaftsförderung laufen lassen, wenn man die prekäre Situation in der Ärztelandschaft kennt. Das wäre meine Bitte, ansonsten stimmen wir natürlich dem Antrag zu.

StR. Dr. Oberndorfer: Es gibt ja verschiedene Förderregime. Die Altstadtförderung ist eine davon und die Wirtschaftsförderung ist eine andere. Wenn Bauprojekte verwirklicht werden, dann stellt das einen Tatbestand dar, der mitunter einerseits in die Altstadtförderung fällt, aber gleichzeitig auch in die Wirtschaftsförderung fallen kann. Hilft alles nichts, dann gibt es immer noch die Förderung nach der Subventionsordnung – sozusagen die ganz allgemeine Förderung.

Hier ist grundsätzlich ein Rahmen gegeben, um sinnvoll Investitionen zu unterstützen und wir können immer noch nachevaluieren. Es ist eine Entscheidung des Gemeinderates, denn es muss nicht die ganze Periode diese Richtlinie in der Form durchgetragen werden. Das kann durchaus diskutiert werden – dafür ist ja auch der Ausschuss da.

Betreffend Ärzte können diese grundsätzlich unter die Wirtschaftsförderung fallen. Wir hatten unlängst einen Fall, wo ein Arzt eine Wirtschaftsförderung beantragte und diese zuerkannt bekam. Dazu möchte ich anmerken, dass die Wirtschaftsförderung sicher nicht das Mittel ist, um Ärzte im großen Stil in Wels anzusiedeln. Die ausbezahlten Summen sind zwar ganz nett, aber diese einige tausend Euro werden nicht dazu führen, dass sich ein Arzt in Wels niederlässt. Hier müssten entweder mehr finanzielle Mittel in die Hand genommen werden - diese sind in der Wirtschaftsförderung aber nicht vorgesehen – oder wir müssten eine andere Form der Förderung andenken. Da sind wir mit der Wirtschaftsförderung sicher nicht das schlagkräftigste Instrument.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

Jagdausschuss Lichtenegg, Pernau und Puchberg -
Entsendung von Gemeindevertretern (Mitglieder/Ersatzmitglieder)
Pol-044-AR04-1-2022

Der Antrag lautet:

Folgende von den einzelnen Fraktionen entsprechend der Nominierungsrechte für die Wahl von Mitgliedern (Ersatzmitgliedern) in die Jagdausschüsse Lichtenegg, Pernau und Puchberg, vorgeschlagene Gemeinderatsmitglieder werden wie folgt in den jeweiligen Jagdausschuss gewählt:

Von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ):

1. Jagdausschuss Lichtenegg

Mitglieder:	GR. Ronald Schiefermayr
	GR. Gerhard Bruckner
Ersatzmitglieder:	GR. Sandra Wohlschlager
	GR. Carmen Pühringer, MSc

2. Jagdausschuss Pernau

Mitglieder:	Bgm. Dr. Andreas Rabl
	GR. Fabian Bauer
Ersatzmitglieder:	GR. Ingo Spindler
	GR. Christiane Kroiß

3. Jagdausschuss Puchberg

Mitglieder:	GR. Mag. Silke Lackner
	GR. DI. Gunter Haydinger
Ersatzmitglieder:	GR. Ing. Olivera Stojanovic, BSc
	GR. Christoph Angelo Rigotti

Von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ):

1. Jagdausschuss Lichtenegg

Mitglied: GR. Mag. Bernhard Humer

Ersatzmitglied: StR. Stefan Ganzert

2. Jagdausschuss Perna

Mitglied: GR. Silvia Huber, MPA

Ersatzmitglied: GR. Laurien Scheinecker, BA

3. Jagdausschuss Puchberg

Mitglied: GR. KR. Karl Schönberger

Ersatzmitglied: Vzbgm. Mag. Klaus Schininger

GR. Hufnagl, MBA: Weidmannsheil! Ich möchte die Gelegenheit nutzen und besonders den neuen Mitgliedern des Jagdausschusses in Lichtenegg etwas mitgeben. Bitte wirkt ein, damit die Niederwildjagd in der Noitzmühle nicht mehr durchgeführt wird. Jahrelang wurde dort gejagt, vor zwei Jahren auf dem freien Feld, welches jetzt bebaut werden soll (zwischen Pregl- und Föhrenstraße). Das ist ein relativ schmaler Streifen und natürlich bleiben die Hasen und Fasane nicht wirklich sitzen und warten darauf erschossen zu werden. Sie fliegen auf und in Folge wird in eine Richtung geschossen und die Schrotkörner landen in den Gärten.

Das ist jetzt seit zwei Jahren nicht mehr der Fall. Aber auch bei der Autobahn macht es nicht viel Sinn, weil es eine Gefahrenquelle für der Häuser und Spaziergeher ist. Bitte darauf einwirken, damit dort nicht mehr gejagt wird.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer, MPA

10.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Aussetzung von Gebührenerhöhungen
Verf-015-I-4-2022

GR. Reindl-Schwaighofer, MPA: Im letzten Gemeinderat beschlossen wir nach umfangreicher Diskussion den Teuerungsausgleich und waren uns einig, dass es einfach notwendig ist in diesem Bereich etwas zu tun. Es war gut und richtig, aber letztendlich doch noch etwas zu wenig. Deshalb entschieden wir uns diesen Antrag einzubringen.

Die Inflation ist jetzt im Februar mit 5,9 % am höchsten Wert seit fast 40 Jahren und die Teuerung trifft vor allem jene, die es sowieso finanziell schwerer haben. Der Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, treibt die Energiepreise weiter. Auch das wundert uns nicht. Tanken ist in Österreich so teuer wie noch nie. Besonders stark wird die Teuerung bei Heizkosten spürbar - das hat mit den Energiepreisen zu tun. Das hat vor allem damit zu tun, dass die großen Wohnanlagen hauptsächlich fossile Brennstoffe benutzen und deren Preise sind massiv gestiegen.

Die Statistik Austria geht davon aus, dass die Preise noch massiver steigen werden. Einige Demoskopen meinen die Inflationsrate wird sich im kommenden Jahr einpendeln, aber Prognosen sind eine andere Geschichte. Das, von dem ich spreche, schlägt durch bei den Wohnungspreisen, bei den Betriebskosten und dort wo Menschen auf das eigene Fahrzeug zum Weg zur Arbeit angewiesen sind.

Die Preissteigerungen treffen nicht nur Menschen mit geringem Einkommen, sondern sind in der Mitte der Einkommenspyramide angekommen. Es wird für die Menschen immer schwieriger mit den Energiepreisen, mit den gelegten bzw. zu erwartenden Rechnungen umzugehen. Darum haben wir uns entschieden diesen Antrag einzubringen. Die Stadt Wels soll für ihre Bürger ein Gebührenmoratorium, einen Gebührenstopp für ein Jahr beschließen und damit den Menschen helfen.

In den Medien wurde das als unsozial bezeichnet, weil es die Falschen trifft. Es kommt darauf an, welche Dinge herausgearbeitet werden. Der Punkt 2. des Antrages lautet der Finanzreferent wird beauftragt einen Vorschlag für den nächsten Gemeinderat auszuarbeiten. Das heißt, die Person, welche die Finanzen für die Stadt verwaltet, soll einen sozial treffsicheren Vorschlag machen. Natürlich ist damit nicht gemeint Gebühren für die aufgestellten Glückspielautomaten zu senken oder irgendwelche Gebühren, wo die falschen Leute etwas bekommen. Wir sind der Meinung zielgerichtet dort zu helfen, wo die Menschen Probleme haben bzw. in der unteren Einkommensschicht, z.B. bei Kindergartengebühren, Ganztagesgebühren. Wir könnten uns die Müllgebühren ansehen, die einen Überschuss liefern. Bei der Benützung des öffentlichen Gutes gäbe es viele Möglichkeiten um Stopps zu machen und unseren Bürgern zu helfen, damit sie ihre Rechnungen bezahlen können. Hier setzen wir für ein Jahr die Gebührenerhöhungen aus und helfen bzw. unterstützen die Menschen in unserer Stadt.

Wer sagt, diese drei, vier, fünf Euro helfen niemanden, doch wem drei, vier, fünf Euro bei bezahlter Rechnung fehlen, der hat die Rechnung nicht bezahlt. Ich würde die Geringschätzung geringerer Beträge hintanhalten, weil es letztendlich darum geht den Menschen zu helfen und auch geringe kleine Beträge helfen in diesem Zusammenhang. Ich ersuche um Debatte und diesen Antrag zum Wohle der Welser Bevölkerung zu beschließen, um die Inflation und den schon beschlossenen Teuerungsausgleich zu unterstützen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Mag. Hammerl: Wir kennen es vom letzten Mal: „Wer schnell hilft, hilft doppelt“. Ja, wir haben schnell geholfen und beschlossen in der letzten Gemeinderatssitzung einen Energiekostenzuschuss in Höhe von 150 Euro. Dieser soll jenen Familien, Personen zugutekommen, die sich das tägliche Leben nur mehr schwer leisten können. Hier sind wir zielsicher und zielgenau.

Bei diesem Antrag verstehe ich so manches nicht so ganz, denn im Antrag steht ein Stopp der Indexierung. Jetzt sprechen wir von einem Gebührenstopp oder Gebührensenken. Das ist nicht das, was im Antrag steht. Laut Antrag sollen die Gebühren nicht indexiert werden. Indexieren heißt: Wir haben die normale Gebühr und wenn der Verbraucherpreisindex über einen Wert von drei bis fünf Prozentpunkte kommt, dann hebe ich die Gebühr um diesen Wert an. Wo hier eine Gebührensenkung oder ein Gebührenstopp versteckt sein soll, ist mir nicht ganz schlüssig.

Wir können uns jedenfalls darauf einigen die Energiekosten so gut es geht abzufedern, weil Energiekosten auf keinen Fall zur Armutsfalle werden dürfen. Betrachten wir diesen Initiativantrag in Richtung Treffsicherheit genauer und sehen wir unsere Gebührenordnungen doch einmal durch. Die Indexierung der Müllgebühren war beim letzten Ausschuss noch kein Thema, dem wurde zugestimmt. Bei der Marktordnung werden die Gebühren für die Marktbesicker geregelt, damit diese ihr KFZ am Marktplatz abstellen können. Wo dies die Energiekosten der Welser beeinflusst, kann ich auch nicht ganz nachvollziehen.

In der Feuerwehrtarifordnung steht wie viel ich für die Auslösung eines Feuermelders zahlen muss oder was die Versicherung zahlt, wenn die Feuerwehr bei einem Verkehrsunfall hilft. Oder was hat bei der angesprochenen Tarifordnung öffentliches Gut, die Reklameschilder und Werbetafeln mit dem Energiekosten zu tun? Baustelleneinrichtungen oder Schaukästen und Anschlagtafeln? Na, ja! Die Frage der Zielgerichtetheit bei dieser Indexierung können wir – ich glaube, hier sind wir uns alle einig – verneinen, weil diese Tarifordnungen überhaupt nichts mit den Energiekosten zu tun haben.

Auf alle Fälle möchte ich einen Dank an die Mitarbeiter aussprechen, die es innerhalb von drei Stunden schafften einen Amtsbericht zu schreiben. Eine sensationelle Leistung! Wir hörten vorhin, dass wir einen Tarif zu 13 Cent/kWh abgeschlossen haben und am Donnerstag haben die Preise die magische Grenze von 20 Cent geknackt, heute sind wir bei 26 Cent. Das heißt, wir sprechen von doppelten Kosten, wenn der Amtsbericht nur einen Moment länger gedauert hätte. Das Zeitfenster für einen Zuschlag beträgt ca. 15 Minuten. Liegt der Amtsbericht am Tisch, hat man 15 Minuten Zeit beim Energieversorger ja zu sagen, denn auch dieser muss die Energie beschaffen und hier geht es um richtig viel Geld. Daher nochmals mein Dank an alle eingesetzten Mitarbeiter.

Als Möglichkeit des Gemeinderates könnten wir uns alle entschließen gemeinsam eine Petition an die Bundesregierung zu richten und diese ersuchen eine tatsächlich treffsichere Regelung in Form eines Entlastungspakets für alle Bürger in Österreich zu treffen. Die haben es in der Hand, diese haben Gebühren- und Steuerleistungen in der Hand, die tatsächlich beim Bürger ankommen. Bei unseren Tarifordnungen sehe ich das ehrlich gesagt nicht.

GR. Mag. Teubl: Uns erscheint der vorliegende Antrag noch nicht ganz ausgegoren und ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Teubl auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 4 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion ohne GR. Schatzmann, NEOS)
32 Nein-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG, GR. Schatzmann)

abgelehnt.

GR. KR. Schönberger: Der Antrag beinhaltet relativ viel Spielraum für den Finanzreferenten. Es geht darum kreativ an die Sache heranzugehen. Es geht nicht darum polemisch Dinge aufzuzählen, die man natürlich nicht indexieren und nicht für das Haushaltsbudgets eines durchschnittlichen Welser heranziehen kann. Ich lade jeden gerne ein am Dienstagvormittag anlässlich der Mietervereinigung bei den Gesprächen dabei zu sein, wo weinende Menschen kommen, welche die Betriebskosten einfach nicht mehr stemmen können, die existentielle Ängste haben.

Hier geht es nicht um zwei oder vier Euro, sondern diese Menschen verlieren zunehmend die Perspektive. Genau für das sind wir als Gemeinderäte letztendlich zuständig. Damit wir den sich darstellenden Situationen Rechnung tragen und den Welsern bestmöglich helfen.

Bei der im Antrag erwähnten Indexierung meinen wir, dass es hier wesentlich mehr einzubringen gibt. Es muss überlegt werden, ob der Müll eine cashcow sein muss in den nächsten zwei Jahren. Oder sagen wir wir fahren zumindest dort runter, wo uns die Möglichkeiten gegeben sind. Es ist bei den Kindergartengebühren darüber nachzudenken wie weit hier Einsparungen getroffen werden können und wie den Menschen wirklich geholfen werden kann. Es geht wirklich darum in den nächsten Monaten und Jahren den Menschen Hilfestellungen zu geben, damit sie ihr tägliches Leben fristen können.

Wir reden nicht davon die Menschen unterstützen zu wollen, damit sie sich ein neues Handy kaufen können. Wir reden davon, dass sie sich das nackte, pure Leben und Überleben leisten können. Von diesen Menschen haben wir in Wels jede Menge. Bei der Mietervereinigung haben wir sie jeden Dienstagvormittag bei uns mit den Betriebskostenabrechnungen und mit den Ängsten und Befürchtungen. Die Gaspreise haben sich massiv erhöht und das wird bei der nächsten Betriebskostenabrechnung durchschlagen. Daher sollten wir zeitgerecht daran denken wie wir hier helfen können. Nichts anderes soll dieser Antrag hier sein: Eine Aufforderung an uns alle gemeinsam darüber nachzudenken unter der Führung des Finanzreferenten Dr. Rabl, wie wir den Menschen helfen können.

Daher kann diesem Antrag nur zugestimmt werden. Wir sollten gemeinsam darüber nachdenken was auf den Weg gebracht werden kann und wie wir es zu den Leuten bringen, die es wirklich brauchen. Mit der Gießkanne wollen wir alle das Geld nicht verteilen, denn so viel hat die Stadt Wels auch nicht zur Verfügung, um das einfach machen zu können. Daher ersuche ich sie mit unserem Antrag mitzugehen und uns damit die Chance zu geben etwas Sinnvolles für die nächsten eineinhalb, zwei Jahre auszuarbeiten.

GR. Aspetzberger: Liebe SPÖ! Grundsätzlich geben wir ihnen natürlich Recht, dass die Energiekosten derzeit horrend steigen. Am Rechenbeispiel des Kollegen Mag. Hammerl sehen wir, wie die Preisvolatilität alleine in den letzten Tagen war und diese wird vermutlich

in nächster Zeit nicht besser sein. Ich stelle mir die Frage, ob wir mit dem vorliegenden Antrag den richtigen Weg und die richtige Basis haben, um die Welser Bevölkerung zu entlasten.

Laut Antrag möchten sie die Durchschnittsverdiener entlasten. Ich weiß aber nicht, ob das mit diesem Antrag möglich sein wird. Wir reden hier lediglich, ob wir Marktbeschicker entlasten, Werbetafeln günstiger machen bzw. nicht indexieren sollen – wie auch immer. Es wäre sicher der richtige Weg gewesen ihren Antrag dementsprechend zu formulieren, damit die Diskussionsgrundlage vielleicht eine andere ist. Es ist nicht der richtige Weg einen Antrag abzugeben, in dem steht der Finanzreferent soll sich etwas überlegen.

GR. Wiesinger: Hört man die Wortmeldungen der SPÖ-Fraktion und liest man den Antrag, so denke ich mir es ist Unterschiedliches gemeint. Ich beziehe mich primär auf den zu beschließenden Antrag.

Mir ging es ähnlich wie dem Kollegen Mag. Hammerl, weil auch ich mich mit dem Antrag nicht auskenne. Zum einen ging es um die Aussetzung von Gebührenerhöhungen, dann ist aber von einem Gebührenstopp die Rede. Stopp heißt aber aus, nichts mehr. Zahlt man dann überhaupt keine Gebühren mehr? Nach den Ausführungen von GR. Reindl-Schwaighofer ist mir klar, um was es hier geht.

Es ist unbenommen die Energiepreise steigen und steigen! Wie können wir den Personen helfen? Dabei stand die soziale Treffsicherheit immer wieder im Raum - diese sehe ich bei diesem Antrag nicht. Sollen die Personen über die Müllgebühr entsprechend entlastet werden, so muss man wissen, dass sozial Schwache meistens in Mehrparteienhäuser wohnen und die Gebühr umgelegt wird - hier reden wir von diesen zwei, drei Euro, Johnny! Du hast mich angesprochen und ich glaube nicht, dass den Menschen mit ein, zwei Euro Nachlass geholfen ist bei einer ins Haus stehenden Betriebskostenabrechnung.

Wir müssen schnell und rasch handeln. Es kamen heute schon viele Vorschläge und ich bringe jetzt einen weiteren Vorschlag ein: In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Energiefond beschlossen. Warum machen wir nicht einen Teuerungsfond für die gleiche Zielgruppe? Wir sind uns alle einig, die Energiepreise steigen und das wäre wirklich treffsicher. Denn, wenn jeder der Müllgebühr bezahlt, einen Einkommensnachweis bringen muss, so müssen bei den Mehrparteienhäuser die Genossenschaften das überprüfen. Das ist nicht praktikabel. Wir reden hier von einem Gebührenmonster – das ist irre! Der mit diesem Antrag ausgelöste Verwaltungsaufwand ist phänomenal.

Wir müssen alternative Möglichkeiten suchen. Ich biete an hier Gespräche zu führen. Machen wir einen Teuerungsfond, machen wir eine Einmalzahlung an die Antragsteller des Energiefonds, weil wir von diesen wissen, dass sie sozial benachteiligt sind und finanzielle Unterstützung brauchen. Ich brauche keinen Antrag nach dem Gießkannenprinzip, denn der Bürgermeister oder wir Gemeinderatsmitglieder benötigen keine finanzielle Unterstützung in Form eines Gebührennachlasses. Wir müssen uns um jene kümmern, die es notwendig haben und es muss ein praktikabler Vorschlag sein. Das wäre aus meiner Sicht eine einmalige Zahlung in Form eines Teuerungsausgleiches. Wenn wir diesen zusammenbringen, hast du meine Zustimmung, aber nicht für diesen Antrag.

StR. Rammerstorfer: Ich kann mich der Meinung nur anschließen den vorliegenden Antrag für wenig treffsicher zu halten. Aber wie von der SPÖ-Fraktion im Antrag vermerkt kann dieser noch treffsicherer nachgeschärft werden – am Besten in einem Ausschuss.

Mir liegen zwei Themen sehr am Herzen. Zum einen das Thema der steigenden Energiepreise. Hätten wir vor 20 oder 25 Jahren das gemacht, was damals die GRÜNEN sagten, nämlich die Energiewende forcieren, hätten wir jetzt ein wesentlich sorgenfreieres Leben. Das muss jetzt auf kommunaler Ebene stark forciert werden, weil wir sonst in 20 Jahren wieder dasitzen und uns denken: Hätten wir doch das gemacht, was die GRÜNEN vor 20 Jahren vorgeschlagen haben. Bitte uns in dieser Hinsicht etwas ernster zu nehmen und uns zu unterstützen.

Beim Thema Müllgebühren muss ich mich teilweise dem Kollegen Wiesinger anschließen, denn viele finanziell schwache Menschen wohnen in Wohnblocks. Hier haben wir stark steigende Müllgebühren, da diese durch viele Fehlabbwürfe des Mülls verursacht werden. Mancher Bio-Müll ist unbrauchbar und muss als Restmüll entsorgt werden. Das schlägt sich natürlich auf die Gebührenkosten und die Genossenschaften verrechnen es den Mietern weiter. Hier sollen wir ganz dringend mehr Aufklärungsarbeit betreiben. Dazu ist schon einiges im Programm bzw. im Geschehen seitens der Abfallwirtschaft. Bitte das tatkräftig zu unterstützen!

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Danke für die Diskussion! Alle haben erkannt bzw. bestätigt, dass es notwendig ist hier Maßnahmen zu ergreifen. Unser Angebot wäre gewesen: Der Bürgermeister als Finanzreferent soll beauftragt werden die Gebühren anzusehen, um eine Möglichkeit zu finden die richtigen Menschen zu entlasten. Wir können das in dieser Form aufgreifen. Es gibt eigentlich einen Willen noch etwas zu tun. Herr Bürgermeister, ich ersuche dich die Fraktionen einzuladen, um über das Beschlossene hinaus Maßnahmen zu ergreifen.

Ob das dann ein Stopp der Erhöhungen der Gebühren ist oder etwas anderes, ist mir persönlich nicht so wichtig. Wichtig ist mir die Menschen finanziell zu unterstützen. Der Vorschlag betreffend Müllgebühr kann diskutiert werden, wäre sicher eine Möglichkeit, aber die Treffsicherheit ist schwer umsetzbar. Gehen wir aus dieser Diskussion heraus und erörtern wir, wie wir dieses Problem angehen wollen, so haben wir mit diesem Antrag erreicht, was wir erreichen wollten.

Der Initiativantrag (Anlage 9) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

	<u>9 Ja-Stimmen</u> (SPÖ-Fraktion)
gegen	<u>23 Nein-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
und	<u>4 Stimmenthaltungen</u> (GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

11.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Förderung für Jugendliche beim Erwerb des Klimatickets
Verf-015-I-6-2022

GR. Umlauf: Im letzten Gemeinderat beschlossen wir das Klimaticket für Studenten. Ein richtiger Schritt in Richtung klimafreundlicher Mobilität. Sieht man sich die Situation in Oberösterreich an, so kommt man drauf, dass nicht alle Jugendliche in Oberösterreich die Möglichkeit haben kostengünstig zu fahren. Wir haben die Schüler- und die Lehrlingsfreifahrt, die Jugendliche dazu berechtigt kostengünstig auf den Weg in die Arbeit oder in die Schule hin und wieder heim zu fahren.

All jene Jugendliche, die berechtigt für eine Schüler- und Lehrlingsfreifahrt sind, können um 77 Euro das Jugendnetzticket erwerben. Jugendliche, die nicht für eine Schüler- oder Lehrlingsfreifahrt berechtigt sind, weil sie in Ausbildungen, Schulungen oder Weiterbildungsmaßnahmen sind, müssen das Klimaticket OÖ um 274 Euro kaufen. Hier sind keine Kernzonen für Linz, Wels oder Steyr dabei. Genau hier müssen wir ansetzen. Wir wollen eine Gleichstellung von Jugendlichen unter 24 Jahren, die sich in Aus- und Weiterbildung befinden und keinen Zugang zum Jugend-Netz-Ticket haben, mit Studenten. In Bezug auf das Klimaticket möge daher beschlossen werden, dass

1. Jugendliche unter 24 Jahren mit Hauptwohnsitz in Wels, die die Voraussetzungen für das Jugendnetzticket nicht erfüllen, aber sich in Schulungen/Weiterbildungsmaßnahmen oder Ähnlichem befinden, sollen eine Förderung beim Erwerb des Klimatickets erhalten, um die Kosten für den Erwerb des Klimatickets Oberösterreich bzw. Klimatickets Österreich zu verringern.
2. Der zuständige Jugendreferent wird beauftragt einen Beschlussantrag für die Gemeinderatssitzung am 04.04.2022 vorzubereiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Vzbgm. Kroiß: Geschätzte Kollegin, wenn man diesen Antrag oberflächlich betrachtet, wäre ich durchaus geneigt diesem zuzustimmen, weil wir alle der Meinung sind, dass Mobilität leistbar sein muss – ganz besonders für junge Menschen. Bei näherer Betrachtung ihres Antrages ergeben sich noch eine Vielzahl von Fragen. Grundsätzlich möchte ich für die Zuseher erwähnen, dass dieses vergünstigte Netzticket nur deswegen möglich ist, weil der Bund über den Familienlastenausgleichsfonds hier Zuschüsse leistet und daher auch der Bund den Bezieherkreis festlegt und definiert wer sich vergünstigte Netzticket kaufen kann.

Dazusagen muss ich, dass auch das AMS den erwähnten Personen eine Entfernungsbefreiung bezahlt. Die SPÖ-Fraktion möchte aber laut Antrag, dass die Stadt Wels Jugendlichen unter 24 Jahren mit Hauptwohnsitz in Wels, die die Voraussetzungen

für das Jugendnetzticket nicht erfüllen aber sich in Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen oder Ähnlichem befinden, eine Förderung beim Erwerb des Klimatickets gewähren.

Dazu gibt es noch eine Vielzahl von Fragen. Welche Schulungen sind gemeint? Müssen diese vom AMS anerkannt werden oder meinen sie alle Schulungen, auch wenn diese unmittelbar nicht für das weitere Erwerbsleben gewinnbringend sind, wie z.B. ein Häkelkurs? Wie lange muss diese Ausbildung dauern? Genügt eine Woche, ein Monat, ein halbes Jahr? Würde auch ein Fernstudium für solche Personen genügen? Muss ein Abschluss vorgewiesen werden oder genügt es nur diese Schulung zu besuchen? Wie hoch soll diese Förderung sein (10, 20, 50 oder 100 Euro)? Oder soll diese gestaffelt werden, weil der- oder diejenige nebenbei arbeitet und sogar ein Einkommen hat?

Entscheidend ist die Größe des Kreises der Bezieher wegen der budgetären Auswirkungen, weil dafür im Budget nichts vorgesehen ist. Heute wurde schon öfters erwähnt wie schnell die Mitarbeiter im Hause Magistrat arbeiten, aber ein Beschlussantrag mit all diesen Fragen bis 04.04. vorzubereiten ist für mich unmöglich. Das wird nicht funktionieren und wäre nicht seriös.

Zum Thema der Zuständigkeit wird der Jugendreferent aufgefordert. Ja, Jugendreferent bin ich. Dann leisten wir sozial etwas, ganz wichtig sind die Finanzen, denn irgendwo muss das Geld aus dem Budget kommen und auch die Mobilität ist hier gefragt. Das heißt, vier Zuständigkeiten müssen sich mit diesem Antrag beschäftigen. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Antrag dem Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Kroiß auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 10) in den Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

	<u>33 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ- ohne GR. Reindl-Schwaighofer, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS, MFG)
gegen	<u>1 Nein-Stimme</u> (GR. Reindl-Schwaighofer)
	<u>angenommen.</u>

GR. Mag. Hammerl und GR. Aspetzberger sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

12.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Schutz der historischen Bausubstanz
Verf-015-I-5-2022

GR. Mag. Teubl: Der vorliegende Antrag hat den Schutz der historischen Bausubstanz in unserer Stadt zum Ziel. Ich möchte ihnen nun erläutern, warum wir das für wichtig erachten. Es sollte uns doch längst klar sein, dass das Gesicht einer Stadt, ihre Schönheit ganz wesentlich mit ihren historischen Gebäuden verknüpft ist. Gebäude aus vergangenen Tagen sind nicht einfach nur alte Häuser, sondern sie sind letztlich materialisierte Geschichte. Sie sind Zeugnisse der Vergangenheit und somit der Entwicklung einer Stadt. Sie atmen geradezu ihre gewordene kulturelle Identität. Dennoch gehen wir mit diesem architektonischen Erbe unseres Erachtens äußerst sorglos um.

Die jüngere Geschichte der Entwicklung der Stadt Wels ist eine Geschichte des Demolierens und des Verschandelns vorhandener Baudenkmäler und des Nachgebens gegenüber Begehrlichkeiten von Investoren und Spekulanten. Das hat dem Stadtbild inzwischen bereits erheblichen Schaden beigesteuert.

Lediglich dort wo der Denkmalschutz seine Hand drauf hat, sind die Altbauten letztlich tatsächlich geschützt. Dort haben wir das gewordene Wels bewahren können. Ein wunderbares Beispiel für ein solches geschütztes und damit in seiner Ursprünglichkeit bewahrtes Ensemble ist der Stadtplatz, der zweifelsohne das Schmuckstück unserer Stadt darstellt.

Aber schon etwas außerhalb der Kernzone zerstören Bausünden den Gesamteindruck. Dafür sind nicht nur Bombenschäden verantwortlich zu machen, wie vielfach gemeint wird, sondern vielfach schlicht die Modernisierungswut und Profitinteressen. Die Liste der baulichen Schandtaten ist lang und reicht vom Abriss des Semmelturns bis zur missglückten Neugestaltung des Greifgebäudes.

So hat die Gesichtslosigkeit unserer Stadt durch Abriss und die darauffolgende Nichtarchitektur von Neubauten erschreckend zugenommen. Wir finden daher, dass es höchst an der Zeit ist zu retten was noch zu retten ist. Wir brauchen ganz dringend ein Instrumentarium, mit dem die Erhaltung der historischen Bausubstanz auch dann sichergestellt werden kann, wenn diese nicht denkmalgeschützt ist. Die rechtliche Situation ist in dieser Beziehung relativ klar. Laut Denkmalschutzgesetz ist für Kulturgüter von lokaler oder regionaler Bedeutung eben nicht das Bundesdenkmalamt zuständig, sondern die Gemeinden selbst. Die sind gar nicht so hilflos, wie man das bei uns in Wels zu sein vorgibt.

Inzwischen gibt es zahlreiche positive Beispiele, wie man das machen kann: Braunau, Freistadt und Steyr haben Altstadtsatzungen für erhaltenswerte Stadtbilder entweder auf der Basis des Oö. Raumordnungsgesetzes oder im Falle der Stadt Steyr wurde eine eigene

städtische Regelung getroffen. Es wurde eine eigene Vorgehensweise gefunden, wie sie solche nicht denkmalgeschützten Gebäude vor der Abrissbirne bewahren können.

Wir brauchen unseres Erachtens eine Schutzzone in der Innenstadt innerhalb derer die Zerstörung historischer Gebäude untersagt sein muss. Das klingt sehr dramatisch, aber muss keineswegs bedeuten, dass damit ein Stillstand der Bautätigkeit verbunden ist. Das würde lediglich bedeuten, dass es einen sensibleren Umgang mit dem vorhandenen geben muss statt Abriss, Umbau oder Ausbau. Selbst wenn nur noch die Fassade erhalten bleibt, so ist für das Stadtbild viel erreicht.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist das gründerzeitliche Gebäude, in dem die Bawag untergebracht ist. Auch hier wäre ohne weiteres eine Aufstockung denkbar. Angedacht ist hingegen der Abriss des Gebäudes. Sollte eine Aufstockung z.B. aus statischen Gründen nicht möglich sein, müsste es aber möglich sein die bestehende Fassade in einen Neubau zu integrieren, daher die Fassade stehen zu lassen und dahinter das Gebäude neu zu errichten. Das kann sehr wohl dem Bauherrn in einer Baugenehmigung verpflichtend vorgeschrieben werden. Das ist die eine Seite.

Wir brauchen auch den Schutz von architektonisch oder stadthistorisch bedeutungsvollen Gebäuden in den Stadtteilen draußen. Dazu müsste aber unter Einbeziehung von Experten ein Art Kataster derartiger Gebäude erstellt werden, die ebenfalls unter besonderen Schutz gestellt werden sollen und somit vor dem Abriss bewahrt werden. Wenn bei Neu- und Umbau von Gebäuden Strukturen zum Vorschein kommen, die auf die frühere Nutzung verweisen, dann sollten diese in den Neubau integriert werden und es sollte ein Verweis auf die Geschichte des Gebäudes in irgendeiner Weise erfolgen.

Wir glauben die Ignoranz gegenüber der historischen Bausubstanz sollte endlich ein Ende haben. Die Erhaltung unseres architektonischen Erbes muss auch zum Ziel der Stadtentwicklung werden. Der Grund ist ein einfacher: Eine Stadt, die ihre Vergangenheit missachtet, wird auch keine Zukunft haben. In diesem Sinne ersuche ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

StR. Ralf Schäfer, BSc MSc: Ich möchte mich zuerst bei den Kollegen Mag. Teubl und Faber für den Antrag bedanken. Als zuständiger Planungsreferent verstehe ich die Intension und kann diesen Antrag durchaus nachvollziehen und versichern, dass die Dst. Stadtentwicklung und auch ich selbst verstärktes Augenmerk darauf richten historisch wertvolle Gebäude zu erhalten. Das ist am Beispiel der Altstadtförderung ersichtlich. Die Stadt Wels hat ein Interesse daran die historische Bausubstanz zu erhalten.

Beim vorliegenden Antrag stören mich die zahlreichen Unschärfen und Irrtümer. So wird einerseits behauptet, dass das Bundesdenkmalamt teilweise – laut Antrag für Kulturgüter von lokaler/regionaler Bedeutung – nicht zuständig ist. Laut § 1 Abs. 2 dieses besagten Gesetzes steht konkret, dass die Erhaltung dann im öffentlichen Interesse liegt, wenn es sich bei dem Denkmal aus überregionaler oder vorerst auch nur aus regionaler lokaler Sicht um Kulturgut handelt. D.h. - von der Dienststelle wurde es bestätigt -, dass das Denkmalschutzgesetz auch bei lokalen Kulturgütern anwendbar ist. Das ist aus meiner Sicht in diesem Antrag falsch.

Weiters wird behauptet, Braunau und andere Städte haben tiefergreifende städtebauliche Regulative. Dazu heißt es in der mir aus der Stadt Braunau vorliegenden Stellungnahme:

„Eine Regelung betreffend Abbruch, Erhaltungspflicht gibt es nicht. Es gibt hier auch keinen Gestaltungsbeirat, sondern lediglich Beratungen in einem Altstadtverein und diese dienen nur der Bürgerinformation.“ Ähnliches kommt aus Freistadt, denn dort gibt es einen Bebauungsplan mit Gebietsabgrenzungen und textlichem Teil bezüglich der historischen Bausubstanz. Dazu gibt es eine Stellungnahme des Landes Oberösterreich, in der es heißt: „Bei bestehenden rechtskräftigen Bebauungsplänen ist eine zusätzliche gebietsübergreifende Satzung und textliche Festlegung nicht zulässig.“

Im Gegensatz zu diesen Städten haben wir in Wels bereits tatsächlich eine historische Schutzzone und sogar eine archäologische Fundzone näher definiert. Das Augenmerk liegt bereits auf diesen sensiblen Zonen mit Stichwort „Blum-Areal“. Hier wird die bestehende historische Bausubstanz in neue Projekte miteinbezogen.

Der Schutz der historischen Bausubstanz ist uns bereits jetzt ein wesentliches Anliegen. Das war vielleicht in jüngster Vergangenheit nicht ganz so stark der Fall. Die Erarbeitung weiterer praktikabler Regelungen müssen wir prüfen und deshalb werden wir in weiterer Folge beantragen diesen Initiativantrag in den zuständigen Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Bgm. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Stadtrat, ein derartiger Antrag von dir ist nicht zulässig.

StR. Ralf Schäfer, BSc MSc: Ich habe keinen Geschäftsordnungsantrag gestellt, sondern nur darauf hingewiesen, dass er von uns in weiterer Folge beantragt wird.

StR. Rammerstorfer: Ich möchte die Gelegenheit nutzen in der Diskussion um die historische Bausubstanz darauf hinzuweisen, dass wir mit den bereits unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden nicht sehr ordentlich umgehen. Neben den bereits genannten Aspekten der Kultur und Stadt spielt meines Erachtens auch ein bildungspolitischer Wert eine große Rolle. Gerade in Zeiten wie diesen, wo die Schrecken des Krieges vor unsere Haustüre zurückgekehrt sind, ist es deswegen von großer tragischer Aktualität.

Daher möchte ich noch einmal die letzte Baracke des Lagers 1001 in der Schulstraße in Erinnerung rufen, auch wenn diese bereits unter Denkmalschutz steht. Zum Hintergrund: Das Barackenlager wurde 1938 von der deutschen Wehrmacht errichtet und diente den Vorbereitungen zum Krieg. Gegen Kriegsende wurde es in erster Linie von befreiten KZ-Häftlingen bzw. Überlebenden der Todesmärsche bewohnt, wo 1.300 dieser meist jüdischen Menschen zu Tode kamen.

Als nächste große Personengruppe nutzten die sogenannten Volksdeutschen, die teilweise vor der Roten Armee und den späteren kommunistischen Machtergreifungen in der zweiten Hälfte der 40-er-Jahre flüchteten. Diese Menschen prägen viele Flächen meines Stadtteils Lichtenegg ganz deutlich bis heute. Die Geschichte des Lagers war damit noch nicht zu Ende. 1956 kamen die 56-er-Ungarn, die einige Jahre blieben und hier ihre Spuren hinterlassen haben. Ich wohne z.B. in der Ungarnstraße und die Stefansiedlung ist nach dem Schutzheiligen von Ungarn benannt.

Eine Baracke dieses Lagers besteht bis heute. Ich denke kein Ort dieser Stadt wäre besser geeignet als dieser die politischen Verirrungen und die kriegerischen Verwerfungen des vergangenen Jahrhunderts zu dokumentieren. Kein Ort spiegelt die Ereignisse besser, die

auf Wels solch einen riesigen Einfluss hatten – teilweise durch den Krieg, die Aufrüstung und teilweise durch die folgenden Migrationsströme – als dieser. Kein Ort könnte eindringlicher vom Wahnsinn Krieg, Antisemitismus, Diktatur und Vertreibung erzählen, wenn wir ihn dazu nutzen würden.

In dieser Hinsicht möchte ich dazu aufrufen sich zusammenzusetzen. Wir sind derzeit in Gesprächen mit Vertreter der Vertriebenenverbände, haben im April mit der Donauschwäbischen Arbeitsgemeinschaft und mit ehemaligen Lagerinsassen dort einen Spaziergang. Ich werde eine schriftliche Einladung an die Vertreter der anderen Fraktionen aussenden, um sie hier an einen Prozess zu beteiligen, der ein sinnvolles Nachnutzungskonzept für diese Baracke darstellt.

GR. Aspetzberger: Wie der zuständige Referent StR. Ralf Schäfer, BSc MSc bereits angesprochen hat, gibt es aus unserer Sicht für diesen Tagesordnungspunkt noch sehr viel Klärungsbedarf. Ich komme seinem Vorschlag daher sehr gerne nach und stelle aus diesem Grund den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Aspetzberger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 11) in den Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- ohne GR. Reindl-Schwaighofer, ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
gegen 5 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion, GR. Reindl-Schwaighofer)
angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen und der NEOS betreffend Verurteilung des Krieges in der Ukraine und die Ruhendstellung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen zwischen den österreichischen und russischen Städten
Verf-015-I-7-2022

GR. Huber, MPA: Der Angriff auf die Ukraine ist ein Bruch des Völkerrechtes – ein Angriff auf Freiheit und Demokratie. Die am 24. Februar 2022 vom Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, angeordnete Militäroperation in der Ukraine ist auf das Äußerste zu verurteilen. Die Konsequenzen dieses Angriffs erschüttern nicht nur die Geopolitik, bringt nicht nur Leid und Tod in der Ukraine, sondern wird auch zahlreiche Konsequenzen für Europa und die Welt haben.

Unsere Gedanken sind bei den Opfern dieses Krieges und unsere volle Solidarität ist bei der ukrainischen Bevölkerung, die unter der schrecklichen Gewalt leidet. Weltweit solidarisieren sich starke Kommunen, Privatpersonen und beenden Kooperationen mit Russland: Im Sport, in der Kultur, am Finanzmarkt und in der Wirtschaft. Wir stehen solidarisch an der Seite der ukrainischen Bevölkerung. Die Solidarität ist groß und ich darf

mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die schon jetzt Solidaritätsbekundungen machen, Hilfsaktionen gestartet haben, ob Organisationen, Vereine, die Stadt selbst oder die vielen Privatpersonen.

Jetzt ist Haltung gefragt! Ich freue mich, dass alle Parteien des Gemeinderates heute diesen Antrag gemeinsam einbringen. Der Antrag lautet wie folgt:

- „Die Stadt Wels verurteilt den Krieg in der Ukraine und erklärt der Bevölkerung in der Ukraine ihre uneingeschränkte Solidarität.
- Aus Sicht der Stadt Wels sollten die städtepartnerschaftlichen Beziehungen zwischen den österreichischen Städten und den russischen Städten als Zeichen der Solidarität ruhend gestellt werden. Die Stadt Wels wird diese Haltung dem Städtebund mitteilen und im Städtebund vertreten.
- Die Stadt Wels wird die Position des Städtebundes, wie konkret mit den Städtepartnerschaften mit russischen Städten umzugehen ist, mittragen und umsetzen.“

Ich bitte um Beschlussfassung.

GR. Wehofsich: Es stimmt nicht ganz, dass alle Parteien dafür stimmen, denn ich werde mich der Stimme enthalten und habe extra ersucht von diesem Vorbeschluss heruntergenommen zu werden.

Krieg ist immer ein falscher Weg, es erschüttert mich natürlich auch, was dort gerade mit den leitenden Medien geschieht. Ich zitiere: „Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners“ von Heinz von Foerster (österreich. Physiker, Kybernetiker und Philosoph). Der berühmte Satz „Österreich ist frei“ von Außenminister Figl wurde nicht am Balkon bei der Präsentation gesprochen, sondern zuvor im Marmorsaal des Schloss Belvedere. Die Austria Wochenschau zeigt die Bilder von Leopold Figl und unterlegte dies mit diesen bedeutungsvollen Worten.

Es begann hier schon die Manipulation durch die Leitmedien, die uns schon beinahe zwei Jahre an der Nase herumführen und uns anlügen. Jetzt sollen wir diesen Medien das volle Vertrauen wieder schenken? Das kann ich nicht! Um es klar auszudrücken: Ich bin kein Putin-Vertreter, kein Putin-Freund und finde den Krieg entsetzlich. Aber was hier geschieht – sage ich ganz klar Danke an Karl Nehammer und Konsorten – grenzt in meinen Augen an Größenwahn. Wir werden dadurch in eine Situation gebracht, die der Pandemie bei weitem den Rang abtreten wird. Denken sie bitte an den kommenden Herbst. Getreide- und Düngemittelengpässe werden die Folge sein. Das trifft auch unser Getreide und unsere Wirtschaft.

Am 15. Mai 1955 wurde der Staatsvertrag in Wien unterzeichnet. Dazu möchte ich die Definition „Neutralität ist die Definition des Politiklexikons“, nachzulesen unter www.politiklexikon.at zitieren: „Wenn ein Land neutral ist, bedeutet das, dass sich dieses Land nicht in Kriege anderer Länder einmischt oder gar an Kriegen anderer Länder teilnimmt.“ Viele Länder haben sich für die Neutralität entschieden. In Europa z.B. Irland, Schweden, die Schweiz oder Österreich.

In Österreich wurde das Neutralitätsgesetz am 26. Oktober 1955 unterzeichnet. Deshalb ist der 26. Oktober unser Nationalfeiertag, jedes Jahr wird an diesem Tag der Neutralität gedacht.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in der Zeit des Kalten Krieges, verlangte die UdSSR von Österreich die Erklärung der „immerwährenden Neutralität nach Schweizer Muster“. Nur unter dieser Bedingung stimmte die UdSSR – eine der vier Besatzungsmächte – dem Staatsvertrag von Wien zu.

Neutralität heißt aber nicht, dass man sich aus allen internationalen Konflikten heraushält. Sehr wohl vereinbar mit der Neutralität ist, dass neutrale Länder – ich betone – als Vermittler bei internationalen Konflikten auftreten oder sich auch an UNO-Friedenstruppen beteiligen.

Am 26. Oktober und nicht am 15. Mai und diese Neutralitätserklärung steht nicht im Staatsvertrag. Also, Herr Nehammer, nicht wie von ihnen behauptet vom Russen aufgezwungen. Hier sehe ich dringenden Handlungsbedarf. Herr Nehammer und Herr Schallenberg treten nicht als Vermittler auf, sondern gießen im Gegenteil Öl ins Feuer. Darüber berichtete sogar der ORF. Sie beide hätten sich ein Denkmal setzen können, wenn sie als Regierungsmitglieder einen sofortigen Stopp der Kriegshandlungen verlangt und einen runden Tisch zur Beilegung dieses kriegesischen Handelns eingerichtet hätten. Darum kann ich diesem Antrag nicht bedingungslos und vor allem nicht unkritisch beistimmen.

Ich habe einige hier in Wels lebende Freunde, die Russen und auch Weißrussen sind. Letztes Wochenende habe ich ein russisches Ehepaar eingeladen und für sie ukrainischen Bortsch als Vorspeise und russisches Boeuf Stroganoff als Nachspeise gekocht. Fünf Stunden sind wir zusammengesessen, haben geredet und über diese Themen diskutiert.

Die Mainstream-Medien verbergen wieder einmal wie es zu diesem Krieg kommen konnte. Seit spätestens 2014 liefern Deutschland und die USA, speziell die NATO, Waffen an die Ukraine, um diese auf einen eventuellen NATO-Einsatz vorzubereiten. Gut, Deutschland und die USA sind nicht neutral. Aber Österreich? In meinen Augen hat das mit Neutralität nichts zu tun. Lassen wir uns weiterhin Sand in die Augen streuen – wir sind eh schon viel zu blind.

GR. Reindl-Schwaighofer; MBA: Lieber Jörg, es mag deine Sicht der Dinge sein. Leider steht in dem Antrag von dem nichts. Im Antrag steht, dass wir uns solidarisch mit der Bevölkerung der Ukraine erklären und ihnen eine Unterstützung zukommen lassen wollen. Es geht hier um einen solidarischen Akt. Ob jetzt die von dir ausgeführten Dinge stimmen oder nicht, können wir alle miteinander nicht überprüfen. Dazu müssen die Quellen angesehen werden, aber es rechtfertigt nicht den Überfall eines Nachbarlandes!

Das Problem ist nur, dass du mit deiner Wortmeldung „du bist kein Putin-Freund“ meiner Ansicht nach zumindest die Putin-Vorgangsweise argumentativ unterstützt. Ich bin relativ erschüttert und konfrontiert damit, dass höchstwahrscheinlich am heutigen Tag schon 1,5 bis 1,7 Mio. Ukrainer aus der Ukraine wegen der kriegesischen Handlungen geflüchtet sind. Wir wissen, Menschen sterben wegen der Angriffe in den Städten. Wir wissen, die Ukrainer möchten sich verteidigen. Wir können darüber diskutieren wie wir bewerten, dass die EU zu einer Wertegemeinschaft dazugehört, wo wir uns auch dazurechnen.

Sicher weiß ich es ist unerträglich zusehen zu müssen, wie dort ein Land überfallen wird, denn wir allen wollen keinen Weltkrieg. Kommt es dort zu einem Konflikt, zu einem Beistandspakt, der ausgelöst wird, werden wir die Bedeutung von Krieg in Europa sehen. Ich weigere mich daran zu denken, dass die Friedensrendite sozusagen jetzt dazu führt, dass auch unsere Generationen, die seit dem zweiten Weltkrieg nicht in einen Krieg einrücken mussten, jetzt doch wieder drankommen. Wären wir im 19. Jahrhundert aufgewachsen, wären wir in unserem Alter schon drei Mal bei einem Krieg dabei gewesen. Das muss man sich alles vorstellen!

In unseren Köpfen ist die Frage nach der Bedeutung des Krieges doch ein fast verklärtes Bild aus den Filmen und keiner kann sich vorstellen was das real heißt, wenn du in einem Haus bist, welches bombardiert wird, wenn du im Keller sitzt, deine Vorräte ausgehen usw. Es gibt nichts was solch einen Angriffskrieg rechtfertigt. Wie argumentiert man einen solchen Antrag, bei dem es um die Menschen geht, nicht zu unterstützen?

GR. Weidinger: Ich wollte mich bei solch einem klar erscheinenden Antrag nicht zu Wort melden. Herr GR. Wehofsich hat mich aber etwas provoziert, wollte kurz darauf reagieren, bleibe aber lieber bei der Sache.

Wer am 23. Februar beim Zubettgehen glaubte, dass am 24. Februar alles genauso sein wird wie am 23., der wurde eines Besseren belehrt. Wir sind aufgewacht - hier gibt mir jeder Recht - in einer neuen Welt, zumindest in einem neuen Europa! Wer hätte gedacht, dass am 23. oder eine Woche vorher, als die Diplomaten zusammentrafen und die Präsidenten heftig telefonierten, was am 24. Februar frühmorgens passierte.

Auch ich glaubte es bis zum Schluss nicht, was ich aus den Medien erfahren konnte. Ich denke, es erging allen so. Was wir jetzt seit dem 24. Februar erleben ist nicht nur das Elend und Leid der Ukrainer, die ihr Leben, ihr Hab und Gut und die Perspektive für die Zukunft verloren haben. Es muss aber auch an die russischen Angreifer gedacht werden, denn aus unbestätigten Recherchen gibt es mehrere tausend Tote. Es gibt in unserem Umfeld, Bekannten- und Freundeskreis immer mehr Menschen, die nicht die Köpfe zusammenstecken und fragen was in Zukunft passiert, mit Österreich, mit Europa und mit der Welt.

Als der russische Bär dann auch noch angekündigte, er hat die besten Nuklearwaffen, da war es um die Ruhe geschehen. Wir können und werden ein Zeichen setzen, dass wir sehr wohl das russische Volk nicht ablehnen und dass wir zumindest die bestehenden Patenschaften zunächst nur ruhend stellen. Hier im Gemeinderat können wir weder einen Krieg verhindern, für oder gegen einen Krieg sprechen – dagegen sprechen sowieso alle - aber das Elend wird dadurch nicht besser.

Deshalb können wir hier im Gemeinderat nur zusammenrücken und sagen wir lehnen den Krieg und das Leid ab. Präsident Putin möge bitte sofort den Angriff beenden. Es tut weh die Bilder im Internet, den Zeitungen und den gesteuerten Medien zu sehen. Ich dachte nach der Jugoslawienkrise ist so etwas nicht mehr möglich und wurde eines Besseren belehrt. Es geht um das ukrainische Volk, welches sich von Russland abgespalten hat. Ein sehr gebildetes Volk, mit weltweit anerkannter geistiger Elite will sich nur in Richtung Westen orientieren. Richtung Westen heißt immer: Demokratie, Frieden, Wachstum, Zusammenhalt und Empathie. Alles, was wir auch in der Schule gelernt haben.

Wem ist es zu verübeln den Aufbruch in Richtung Westen zu machen – der Ukraine bestimmt nicht. Diese waren jahrzehntelang geknechtet unter der russischen Besatzung. Das ist jetzt so aus mir herausgesprudelt, aber mir ist es einfach wichtig und deshalb mein Dank an Frau GR. Silvia Huber, MPA, die sich bereit erklärte diesen Antrag vorzutragen und mit Stolz hier ein kleines Zeichen zu setzen neben den bereits von der Stadt Wels unternommenen Maßnahmen, wie Hilfsgüter an die richtige Stelle zu senden, Spendenkonto etc.

Für uns alle wünsche ich mir, dass es möglichst schnell vorbeigeht und wir alle den Menschen in der Ukraine soweit es geht helfen und in nächster Zeit wieder Frieden herrscht.

GR. Hufnagl, MBA: Danke, du hast das jetzt sehr gut rübergebracht, denn ich/wir sind alle geschockt was in den letzten 10 Tagen passierte. Besonders die Jungen konnten sich nicht vorstellen in Europa noch einmal über Krieg reden zu müssen. Es ist wirklich schockierend und macht uns alle zutiefst betroffen.

Ich finde es besonders wichtig, dass der Welser Gemeinderat fast zu 100 % geeint hinter diesem Antrag steht. Danke noch einmal für die Vorbereitung. Ein kleines, aber wichtiges Zeichen um zu zeigen, wir stehen hinter der Ukraine, für Frieden und verurteilen den Krieg. Ein wichtiges Zeichen ist, dass die Stadt Wels Vorkehrungen für die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen trifft.

Ich möchte noch eine kleine Idee mit ihnen teilen. Wir könnten überlegen, zu den bestehenden Partnerschaften noch eine neue zu einer ukrainischen Stadt zu machen.

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Haben wir!

GR. Hufnagl, MBA: Dann vielleicht noch eine zusätzliche, um aus diesem gegebenen Anlass noch eine weitere Stadt zu unterstützen. Damit wird nicht nur den Geflüchteten geholfen, sondern eben auch speziell vor Ort. Wir stellen eine ruhend und dafür wird eine weitere aufgenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Wir haben eine Partnerschaft mit der ukrainischen Stadt Saky auf der Krim. Hier stellt sich die berechtigte Frage, ob sie schon russisch oder ukrainisch ist. Völkerrechtlich ist sie klar ukrainisch. Deshalb sollte man nicht vorschnell mit irgendwelchen Partnerschaften sein.

Zwischenruf GR. Hufnagl, MBA: Das sollte dann aber auch auf der Homepage der Stadt Wels korrigiert werden, denn dort ist das nicht angeführt.

Bgm. Dr. Rabl: Ja, aber zugegebenermaßen sind die Kontakte dorthin derzeit auf Eis gelegt aufgrund der schwierigen politischen Lage auf der Krim. Es ist nicht ganz einfach dorthin zu kommen, ohne irgendwelche diplomatische Verwicklungen auszulösen.

GR. Wehhofsich: Ich glaube, meine Wortmeldung ist nicht ganz richtig rübergekommen, mache jetzt aber keinen Rückzieher. Aber ich verabscheue Krieg und Gewalt in jeder Form! Nur bin ich der Meinung gerade als Gemeinderat sollten wir uns sehr wohl überlegen, ob wir tatsächlich ein Zeichen setzen in Richtung Ukraine. Wir wissen nicht genau was dort

alles passiert ist und wie es in Zukunft weitergehen wird. Die Ukraine drängt nicht nur in die EU, sie drängt auch in den NATO Pakt und das sollte man sich schon genau überlegen.

GR. Schatzmann: Herr Wehofsich, ihre Wortmeldungen erschüttern mich und diese Art der Rhetorik hat im Gemeinderat nichts verloren. Wir wissen im Grunde ganz genau was passiert ist. Russland greift dieses Land an. Das ist unbestritten und dieser gemeinsame Antrag ist das Mindeste was wir als Stadt Wels tun können, um ein solidarisches Zeichen zu senden.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion und der NEOS wird mit

35 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
gegen 1 Stimmenthaltung (MFG)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Dem weiteren Dringlichkeitsantrag wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt und ist damit nicht zu behandeln. Damit ist die Tagesordnung erschöpft, Einwendungen gegen die Protokolle wurden nicht erhoben. Danke – Sitzung geschlossen!

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Für die NEOS:

Schriftführer: